

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



2 / 2008

Die Welt blickt auf China und Tibet

Mit der Vergabe der Olympischen Spiele steht China noch stärker als bisher im Licht und im Interesse der Weltöffentlichkeit. In unserer Tagung wurde weniger auf außen- und sicherheitspolitische Zusammenhänge eingegan-

gen, vor allem innenpolitische Herausforderungen wurden thematisiert. Das Programm bekam durch die beginnenden Proteste und Demonstrationen in Tibet besondere Aktualität.

Seite 3



Internationale Solidarität

Zeichnung: Tomicek

Fernwirkungen eines Mythos

„68 lässt uns nicht kalt“. Diese These von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter fand Bestätigung in der großen Zahl von Teilnehmern und in den kontroversen Diskussionen. Zeitzeugen von beiden Seiten der damaligen Barrikaden sprachen über die Rebellion der jungen Generation, den beginnenden Linksterrorismus und gesellschaftspolitische Fernwirkungen der Studentenbewegung.

Seite 13



Johano Strasser war 1968 beim Marsch durch die Institutionen dabei

Foto: Kietzmann

Neuer Internetauftritt

Mit völlig neu gestalteten Internetseiten ist die Akademie seit Anfang April im Netz. Nicht nur optisch, auch inhaltlich hat sich einiges verändert. Die Seiten können täglich aktualisiert werden. Neben den Programmen bietet die Redaktion zusammen mit dem Akademie-Team Hintergrundinformationen zur Akademie, ihrer Arbeit und Geschichte sowie aktuelle Berichte, Fotos und Materialien aus den Tagungen. Ab sofort sind online-Anmeldungen möglich. Auch der Akademie-Report findet als pdf-Datei zum Herunterladen dort seinen Platz. Ausgebaut und erweitert werden soll der Downloadbereich mit Serviceangeboten und Texten. Die Adresse bleibt unverändert: www.apb-tutzing.de. Für die Redaktion verantwortlich ist Pressereferentin Karin Siebert: „Ich freue mich, dass wir nun auch mit diesem Medium aktuell und detailliert Höhepunkte aus dem Tagungsgeschehen nach außen tragen können und damit die Attraktivität unseres Internetauftritts sicher erhöhen.“. ms

Weitere Themen im Heft:

Crossmedialer Journalismus

Seite 5

Klimaschutz und Erderwärmung

Seite 8

Patriotismus – Bindekraft oder Sprengsatz

Seite 11

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Beijing 2008 – die Welt blickt auf China	3
Crossmedia verändert den Journalismus	5
10 Jahre Bildungskanal BR Alpha	7
Globaler Kampf gegen die Erderwärmung	8
Patriotismus – Bindekraft oder Sprengsatz?	11
<i>Vor vierzig Jahren: die 68er Fernwirkungen eines Mythos</i>	13
Neues aus den Archiven	16
Berichtigung	18
Chronistin des Wandels	19
<i>Neu im Kollegium: Jurist mit philosophischen Interessen</i>	20
<i>Blick in die Akademiegeschichte: Vor 50 Jahren: Messerschmid Gründungsdirektor der Akademie</i>	21
Auf den Spuren Platons	22
Pressespiegel	24
Themen – Tagungen – Termine	27
Förderkreis	31
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	32

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier

Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz Eisfeld

Kollegium:
Dr. Saskia Hieber, M.A.
 Internationale Politik
Dr. Gero Kellermann, Dozent
 Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Stefan Köpli, M.A.
 Pers. Referent des Direktors
 Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang Quaisser, Dozent
 Wirtschafts- und Sozialpolitik
Dr. Michael Schröder, Dozent
 Medien, Kommunikationspolitik,
 Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier
 Parlamentarismus- und Parteienforschung
Michael Spieker, M.A.
 Politische Ethik und Grundwerte
Dr. Jürgen Weber, Dozent
 Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg, Dipl. Soz.
 Gesellschaft und Umwelt,
 Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:
Dr. Manfred Schwarzmeier
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Online-Redaktion:
Karin Siebert, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung
 Buchensee 1 82327 Tutzing
 Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
 Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
 E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:
Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
 (verantw.)

Dr. Michael Schröder
 (Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: **Karin Sittkus**

Druck:
Dinauer Medienbetrieb GmbH
 Lindberghstraße 4 82178 Puchheim
 Logo: **KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking**

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Beijing 2008 – die Welt blickt auf China

Minderheiten, Religion und innenpolitische Herausforderungen in China

Mit der Vergabe der Olympischen Spiele steht China noch stärker als bisher im Licht und im Interesse der Weltöffentlichkeit. Bislang prägten unterschiedliche Wahrnehmungen unser Chinabild: Von der nächsten Wirtschaftssupermacht, die rück-

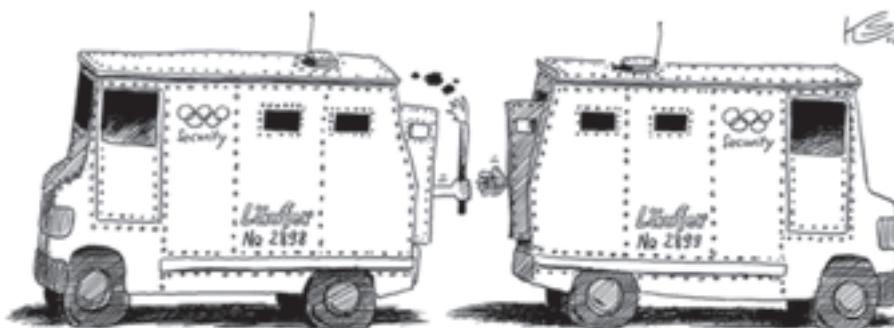
sichtslos ihre Interessen sichert und durch die militärische Modernisierung eine Bedrohung zumindest für die Nachbarregion darstellt, bis zu einem meist rationalen internationalen Akteur, der sowohl Marktchancen als auch Investitionsmöglichkeiten bietet. In unserer Tagung wur-

de weniger auf außen- und sicherheitspolitische Zusammenhänge eingegangen, vor allem innenpolitische Herausforderungen wurden thematisiert. Das Programm bekam durch die beginnenden Proteste und Demonstrationen in Tibet besondere Aktualität.

Thomas Heberer, Politikwissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen, hob hervor, dass die Tibeter nur eine von 55 Minderheiten in China sind und die meisten Gruppierungen sich weder eines charismatischen Oberhaupts wie den Dalai Lama oder besonderer Beachtung der Weltöffentlichkeit erfreuen. Ein Kernproblem im chinesischen Verhältnis zu den Minderheiten ist das

eine wichtige Voraussetzung für Unabhängigkeit nicht gegeben: internationale Anerkennung. Das besondere an der Tibetproblematik: einerseits gibt es dort für China interessante Rohstoffe und andererseits fehlt ein Rechtsanspruch auf Unabhängigkeit, was aber auch dem chinesischen Staatsverständnis zuwiderlaufen würde. Eine Lösung, so Heberer, wäre ein Zustand wie vor

nach westlichem Rechtsverständnis und in „schnellen Verfahren“ werde oft ohne Anhörung und ohne Verteidiger abgeurteilt. In China werde zudem bis heute gefoltert und es würden mehr Todesstrafen verhängt und vollstreckt als in der restlichen Welt. Von Pressefreiheit könne keine Rede sein. Journalisten würden bei der Arbeit zumindest behindert, häufig auch inhaftiert – das entspreche nicht den Regeln des Internationalen Olympischen Komitees (IOC).



Zeichnung: Stuttmann

Geschichtsverständnis, die Völker am Rande des hochkultivierten chinesischen Kaiserreichs seien schlicht „Barbaren“, über deren Gebiete der Kaiserhof je nach Machtintensität mehr oder weniger Einfluss ausübt und die auch nicht direkter Kontrolle unterstanden. Seit etwa 1720 übt China allerdings außen- und sicherheitspolitische Oberhoheit in Tibet aus. Die tibetische Unabhängigkeitserklärung nach dem Untergang des chinesischen Kaiserreichs 1911 wurde von anderen Staaten nicht anerkannt. Damit war

1911: Tibet verwaltet sich selbst, die Außen- und Sicherheitspolitik wird aber von Peking wahrgenommen.

Marianne Heuwagon, Direktorin des Deutschlandbüros von Human Rights Watch zweifelte, ob China seine Versprechen einlösen wird, die im Zuge der Olympiabewerbung gegeben wurden. Bezuglich der Situation der Menschenrechte in China hätten sich zwar Verbesserungen ergeben, es existiere aber immer noch keine unabhängige Justiz. Es gebe keine Unschuldsvermutung

Buddhismus ist „chic“

Hans van Ess, Sinologe an der Münchner Universität, erläuterte, dass sich China als durchaus toleranter Staat in Bezug auf Religionen wahrnehme. Buddhismus, Daoismus, Islam, Protestantismus und Katholizismus sind die fünf „legalen“ Religionen Chinas. Heute, im Zuge der kapitalistischen Auswüchse des modernen China, sei Religion sogar willkommen gegen Werteverfall und „geistiges Vakuum“, führte Ess aus. Religion allerdings muss Patriotismus befördern und das Machtmonopol des Staates darf keinesfalls angetastet werden. Die negativen Erfahrungen mit dem westlichen Kolonialismus im 19. Jahrhundert und später etwa der Fall der Mauer in der DDR haben die chinesische Führung von den Gefahren überzeugt, die von ausländischem Einfluss und von Kirchen ausgehen

können. Religiöse Aufstandsbewegungen gehören, so Ess, zu den schlimmsten Albträumen für Chinas Regierung. Dies sei auch mit ein Grund, warum die Falun-Gong-Sekte brutal verfolgt und seit 2001 sogar als terroristische Vereinigung bezeichnet wird. Buddhismus ist in China fast wieder chic, die Klöster florieren, die Kommerzialisierung kennt keine Grenzen. Er passe ja auch gut in die Forderung nach einer „harmonischen Gesellschaft“. Der Dalai Lama allerdings verzerrt nach Ansicht der chinesischen Regierung das Bild des Buddhismus und betreibt Separatismus – in China ein Verbrechen.



Marianne Heuwagen: „Von Pressefreiheit kann in China keine Rede sein“

Christoph Müller-Hofstede von der Bundeszentrale für politische Bildung stellte die kritische akademische Diskussion in China und die „neuen Intellektuellen“ Yu Keping, Pan Wie, Wang Hui und Yan Xuetong dar. Alle gehö-

Dominanz des Westens ist nicht mehr selbstverständlich.

Internet streng überwacht



Hans van Ess: Religion willkommen gegen Werteverfall

80 bis 90 Prozent der Informationen in China gelten immer noch als „geheim“ – keine guten Voraussetzungen für das Internet. Junhua Zhang, Politikwissenschaftler an der Universität Zhejiang, beschrieb, wie Kontrolle in einem Land funktioniert, das bis heute kein Pressegesetz hat: durch die Kommerzialisierung der Zeitungen, Beleidigung und Selbstzensur. Chinesen sind

gut über das Ausland informiert, erfahren vielleicht auch noch etwas über andere Provinzen, aber wenig über das eigene Umfeld. Kritik im Inland ist nicht erwünscht. Das Internet schafft aber durch seinen „Bottom-Up-Ansatz“ fast so etwas wie eine neue Gesellschaft durch Multimedia und die Abwesenheit zeitlicher Einschränkungen. Die Internetpolizei allerdings ist rabiat. Es gibt eine besondere „memory-policy“ und Provider werden unter Umständen mit Strafen belegt. Die Kommunikation mit dem Ausland wird besonders überwacht, Verschlüsselungsprogramme sind oft verboten.

Verlust von kollektivem Gedächtnis

ren führenden Universitäten oder Forschungsinstitutionen des Landes an. „What does China think?“ ist nicht nur der Titel eines erfolgreichen Buches, es ist auch eine der grundlegenden Fragen, um China und die Erwartungen der Chinesen in Bezug auf die Olympischen Spiele zu verstehen.

Patriotismus, Enttäuschung über den Westen und die Frage nach China als ordnungspolitischer Alternative zum westlichen Modell im Kreis der Weltmächte sind wichtige Themen. Die „neuen Intellektuellen“ haben Erfahrungen mit der Kulturrevolution in den 1960er Jahren und mit dem Aufstand auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking 1989. Viele haben im Ausland studiert und verfügen jetzt über Einfluss in China.

Die Forderung nach Demokratie und einem Rechtssystem, das diese Bezeichnung verdient, ist zentral, allerdings unter Berücksichtigung der chinesischen Besonderheiten. Die Angst vor Chaos – ein historisches und nationales Trauma – erklärt die Einschränkungen. Relativ offen wird Kritik an der neuen sozialen Ungerechtigkeit, der „neuen Klassengesellschaft“ und an Korruption geübt. Als Fazit ist zu ziehen, so Müller-Hofstede: China verändert die Welt wirtschaftlich, politisch und kulturell. Die ideologische

„Verbogene“ Themen betreffen die Kommunistische Partei und die Staatsführung, Tibet, Taiwan, Xinjiang und die Außenpolitik. Erlaubt dagegen sind Börseninformationen, Berichte über das Ausland, Klatsch und Tratsch über Promis und Übersetzungen aus ausländischen Medien. China droht aber durch das lückenhafte Wissen der Jüngeren und die Beliebigkeit des Internets sein kollektives Gedächtnis zu verlieren. Das sei tragisch für ein Land mit einem so starken historischen Bewusstsein. ■

Saskia Hieber

Macht in Konzernen

Markus Taube, Experte für ostasiatische Wirtschaft an der Universität Duisburg-Essen, stellte die Frage: Steht ein Ende des Wachstums bevor oder gibt es derzeit „nur“ eine Verschnaufpause der neuen Wirtschaftssupermacht? China hat seit 30 Jahren ein Realwachstum von 10 Prozent. Kein Land trägt gegenwärtig mehr zum globalen Wachstum bei. Chinas Wirtschaft steht aber auch vor vielfältigen Problemen: „Faule“ Kredite, eine versteckte Inflation, ein erheblich überzeichnete Aktienmarkt und eine ungenügende Infrastruktur.

Weitere Probleme sind die abnehmende zentrale Kontrolle, die Umweltzerstörung und Ineffizienz nicht ausreichend verfolgt und die konzentrierte Macht von Regierung und Wirtschaft in den großen Staatskonzernen. Auch die Regierung hat Ungleichgewichte und Gefahren erkannt und versucht in einer neuen „harmonischen Gesellschaft“ den ökologischen und demographischen Problemen, der Korruption und den Mängeln im Sozial- und Justizsystem und der Verwaltung zu begegnen.

China braucht neue Wachstumsmotoren, mehr Wertschöpfung im Land, Innovationskraft und ein besseres Bildungssystem.

Crossmedia verändert den Journalismus

Journalistenausbilder diskutieren über Konsequenzen

45 Journalistenausbilder aus ganz Deutschland tauschten in der Akademie ihre Erfahrungen mit crossmedialem Arbeiten in Redaktionen aus. Neben dem aktuellen Stand in Zeitungen und Rundfunksendern waren Zukunftsperspektiven journalistischer Qualität und die speziellen Herausforderungen für die Aus- und Weiterbildung die Schwerpunkte der Vorträge und Diskussionen.

Crossmedia – ein Schlagwort verzaubert die Medienbranche und erobert Kongresse und Tagungen. Verleger und Journalisten von Tageszeitungen erhoffen sich vom Einstieg ins multimediale Zeitalter die Rückkehr verlorener Leser – insbesondere in der jungen Generation. Märkte müssen besetzt werden, bevor es andere tun. Radio- und Fernsehsender liefern Begleittexte und Zusatzinformationen als Zuschauerservice mit Mehrwert im Internet. Umgekehrt produzieren Printredaktionen Nachrichtenfilme für die Online-Tochter. Die Medien kreuzen sich; die alten Grenzen werden fließend und verschwimmen zunehmend.

Mediale Grenzen überschritten

Der Darmstädter Journalistikprofessor Klaus Meier gab Einblicke in verschiedene nationale und internationale Redaktionen. Für ihn ist die multimediale Crossmedia-Zukunft vor allem eine Frage der redaktionellen Organisation. Er hat unterschiedliche Modelle vorgefunden: von der reinen Koordination zwischen Print- und Online-Produkt (wie Der Standard in Wien) bei weiter an sich getrennten Redaktionen, über die Kollaboration, also der engen Zusammenarbeit wie bei der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) in Kassel oder beim Saarländischen Rundfunk. Die Palette reicht weiter bis hin zur vollständigen Integration bisher getrennter Redaktionen (Die Welt, Daily Telegraph). Hier arbeiten themenorientierte Teams mehrmedial – mediale und redaktionelle Grenzen werden überschritten.

Meier betonte, es müsse einen Wechsel geben vom produktionsorientierten Arbeiten bis zum Andruck hin zur



Journalistikprofessor Klaus Meier: keine „Kannibalisierung“ der Medien zu befürchten

Nachrichtenbearbeitung rund um die Uhr. Themen müssten frühzeitig geplant werden. Die Sorge, dass die schnelleren online-Medien die Printprodukte „kannibalisieren“, bestünde zu Unrecht. Aus- und Weiterbildung solle vor allem zwei Aspekte haben: das neue Denken und Planen für verschiedene Plattformen und das Trainieren neuer journalistischer Techniken und Formate. Zeitungsjournalisten müssten Video und Audio lernen und die Logik des Internets begreifen.

360-Grad-Denken

Live zugeschaltet via Internet aus London (siehe Kasten) wurde BBC-Redakteur Tim Weber, der für die verschiedenen journalistischen Plattformen auch Experten braucht: „Große Projekte müssen bi- und trimedial bearbeitet werden. Korrespondenten sollten multimedial arbeiten können.“ Multimediales und crossmediales Arbeiten bedeute optimale Nutzung der Ressourcen. Journalisten dürften aber



*408 Quadratmeter für 56 Redakteure – der gemeinsame Newsroom für drei Tageszeitungen: Welt, Welt kompakt, Berliner Morgenpost und eine Sonntagszeitung: Welt am Sonntag
Foto: Meier*

Gelungene Premiere: „Hier spricht die BBC London...“

Erste Telefon-Videokonferenz bei einer Akademietagung

Zum ersten Mal wurde ein Referent bei einer Akademietagung mit Hilfe der Internettelefonie und einer Kamera online ins Programm eingespielt.

Passend zum Thema „Crossmedia als Herausforderung für die journalistische Aus- und Weiterbildung“, bei dem es um multimedialen Journalismus im Internet geht, wurde der BBC-Redakteur Tim Weber live aus London zugeschaltet. Er kommentierte seine vorab gelieferte Präsentation, die er über die installierte webcam verfolgen konnte. Gleichzeitig sahen und hörten ihn die Tagungsgäste in seinem Londoner Büro.

Dieses Verfahren ist sicher nur ein Hilfsmittel, wenn Referenten aus Termingründen nicht in Tutzing sein können. Das direkte Gespräch ist und bleibt unerlässlich für Diskussion und Austausch von Meinungen. Aber als zum Thema passende Lösung war es ein anschau-

liches Beispiel für die vielfältigen technischen Möglichkeiten der neuen, digitalen Medienwelt.

Technisch wurde die Live-Zuschaltung des Londoner Referenten über die kostenfrei erhältliche, proprietäre Voice-over-IP-Software Skype realisiert, die auch Videotelefonie unterstützt. Via Internet sind damit gebührenfreie Telefonate von Computer zu Computer möglich.

Bei der Einrichtung hat sich als vorteilhaft erwiesen, dass Skype die TCP-Ports 80 und 443 zum Verbindungsauflauf verwenden kann. Diese Ports werden regelmäßig für das Surfen im World Wide Web genutzt und sind deshalb häufig bereits frei geschaltet. Das erleichtert nicht nur die Einrichtung, sondern trägt dazu bei, dass Skype auch hinter Firewalls und NAT-Routern läuft. Die Software arbeitet zudem mit jeder Standard-Headset- oder Mikrofon-Lautsprecher-Konfiguration. Praktischerweise werden die in das Betriebssystem eingebundenen Einga-

begeräte erkannt. Für die Videoübertragung wurde eine digitale Standard-Webcam von Logitech verwandt. Positiv überraschte die über den gesamten Vortrag anhaltend gute Sprachqualität, wobei während der PowerPoint-Präsentation empfängerseitig das Videosignal ausgeblendet wurde.

Ungeachtet der genannten technischen Vorteile muss man sich darüber im klaren sein, dass die Verwendung von proprietären Protokollen stets mit Risiken verbunden ist. Nicht von ungefähr wird die von Skype eingesetzte Peer-to-Peer-Technologie von IT-Verantwortlichen als sicherheitstechnisch fragwürdig eingestuft und kommt deshalb in vielen Unternehmensnetzwerken nicht zum Einsatz. Hinzu treten die nicht unerheblichen Anforderungen an Übertragungsbandbreite und der zusätzlich generierte Datenverkehr.

*Michael Schröder /
Steffen H. Elsner*

auch nicht überfordert werden. Man müsse die Mitarbeiter zu einem „360-Grad-Denken“ erziehen und ein „digitales Bewusstsein“ herstellen. Dazu gehören auch Mut zum Scheitern und zum Ausprobieren. Ständige Fortbildung und Trainieren der neuen Arbeitsabläufe seien wichtige Voraussetzungen für das Gelingen crossmedialer Projekte. Der Inhalt und die Qualität habe weiter Vorrang, nicht die Technologie.

Mercedes Bunz ist online-Chefin des Berliner „Tagesspiegel“. Nach ihrer Überzeugung kommen die alten Medien nicht an gut gemachten crossmedialen Internet-Auftritten vorbei, wenn sie die jüngere Leserschaft nicht komplett verlieren wollen: „Die Jungen lesen entweder online oder gar keine Zeitung.“ Und sie lesen anders. Sie nutzen mehrere Quellen.

Die direkte Rückkopplung mit dem Leser über watchblogs und Leserkommentare führt nach ihrer Auffassung zu hoher Qualität und einer guten Debatte über Journalismus. Aber online-Journalismus ist nur dann gut, wenn die Texte der Printausgabe umgeschrieben und an das Medium angepasst werden. Und wenn er die vielfältigen Möglichkeiten des multi- und crossmedialen Auftritts optimal nutzt.

Wird nun der Journalist der Zukunft zur eierlegenden Wollmilchsau? Im Fall der Zusammenarbeit von Redaktionen muss der Journalist für mehrere Medien (also für die Druckausgabe wie auch die Internetversion einschließlich Film und Ton) denken und planen können, es gibt aber noch Spe-

zialisten für die praktische Ausführung. Bei der vollständigen Integration müssen auch möglichst viele Journalisten für verschiedene Medien praktisch produzieren können.

Nicht zum Nulltarif

Über die Konsequenzen für die Journalistenausbildung wurde in drei Arbeitskreisen diskutiert. Schnell war man sich einig, dass wegen neuer Medien und Verbreitungswege der Journalismus nicht neu erfunden werden muss. Im Gegenteil: das klassische Handwerkszeug (Nachrichten schreiben, Recherche, Interview) wird weiter intensiv gelehrt und gelernt werden. Dies sei für die Sicherung von Qualität unerlässlich.

Vorträge und Materialien aus der Tagung im Internet unter:
<http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=41#c88269>



Schlusspodium zum Thema: Crossmedia – Zukunft des Journalismus (von links: Mercedes Bunz, online-Chefin beim Berliner Tagesspiegel, Volker Matthies, online-Redakteur beim Bayerischen Rundfunk, Hans-Jürgen Jakobs, Chefredakteur sueddeutsche.de, Journalistik-Professor Walter Hömberg, Kath. Universität Eichstätt, Gabriele Bartelt-Kircher, Leiterin der Journalistenschule Ruhr, Ludwig Maaßen, Ausbildungschef beim Bayerischen Rundfunk und Tagungsleiter Michael Schröder

Der größte Teil der bisherigen Lerninhalte wird Bestand haben. Dazu kommt allerdings ein sich ständig verändernder Anteil journalistischer Innovation und Veränderungsbereitschaft. In der multi- und crossmedialen Aus- und Weiterbildung für Print, Podcast und Video müssen zukünftig mehrere Rollen trainiert werden. Gabriele Bartelt-Kircher, Leiterin der Journalistenschule Ruhr, nennt die wichtigsten: Chronist, Kritiker, Lotse zu Mehrwissen im Nachrichtenschubel, Rechercheur, Qualitätssicherer und Kommunikator.

Verlegern und Geschäftsführern müsse klar gemacht werden, dass das Besetzen neuer Geschäftsfelder und Medien nicht zum Nulltarif zu haben sei. Investitionen in die ständige multimediale Fortbildung der Mitarbeiter seien dringend nötig. Weiterbildung müsse forciert und nachhaltig gestaltet werden, um ein Umdenken zu erreichen. ■

Michael Schröder

10 Jahre Bildungskanal BR Alpha

Zusammenarbeit mit der Akademie für beide Seiten ein Gewinn

Unser Kerngeschäft ist das Gleiche, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln: Bildung außerhalb des Schul- und Hochschulwesens. Obwohl sich die gesellschaftliche Realität und die politischen Sonntagsreden in erfreulicher Übereinstimmung befinden, wenn es um die immer noch wachsende Notwendigkeit von Bildung geht – das „Geschäft“ mit der Bildung hat nach wie vor keine einfachen Rahmenbedingungen. Hier braucht man Mitstreiter. Und es ist vielleicht sogar so, dass Institutionen wie die Akademie für Politische Bildung Tutzing die Unterstützung von BR Alpha nötiger haben, als umgekehrt.

Ausstrahlungen von Veranstaltungen und Ereignissen der Akademie über den Bildungskanal erreichen eine Breitenwirkung, wie wir sie sonst naturgemäß

geben nie haben. 98 Prozent der Haushalte in Bayern, 60 Prozent in der ganzen Bundesrepublik empfangen BR Alpha, mehrere hunderttausend Menschen werden auf diesem Weg täglich erreicht.

Zehn gemeinsame Jahre, zu denen wir eigentlich auch uns selbst gratulieren müssten – die Zusammenarbeit mit dem BR ist insgesamt hervorragend. Regelmäßig berichten BR-Journalisten als Referenten auf unseren Tagungen von ihrer Arbeit.

Mit leichter Verwunderung muss man feststellen, dass der Knopfdruck im Januar 1998 erst zehn Jahre her ist. Das Gefühl suggeriert, BR Alpha hätte es irgendwie schon immer gegeben.

Man muss es als frohe Botschaft betrachten, dass sich der Bayerische Staat die Akademie für Politische Bildung

weiterhin ohne zu wanken, wie das Gesetz es befiehlt, als unabhängige Einrichtung „leistet“ und dass sich der Bayerische Rundfunk seinen Bildungskanal weiterhin – hoffentlich auch ohne wanken – „leistet“. Eine Allianz zwischen solchen Häusern kann für alle nur inhaltlichen Gewinn bedeuten.

„Der Bayerische Rundfunk ist stolz auf seinen Bildungskanal!“ resümiert BR-Fernsehdirektor Gerhard Fuchs. Zu Recht, meint auch die Akademie für Politische Bildung Tutzing. Wir wünschen uns noch viele gute Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen von BR Alpha. Dem Sender selbst wünschen wir, dass die nächsten zehn Jahre ebenso erfolgreich werden. Die Akademie für Politische Bildung Tutzing gratuliert zum 10-Jährigen! ■

Karin Siebert

Globaler Kampf gegen die Erderwärmung

Experten diskutieren die Folgen für Ökonomie und Ökologie

Al Gores Film „Eine unbequeme Wahrheit“, der vierte Bericht des Weltklimarats IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) und der Report des international renommierten Ökonomen Nicolas Stern haben beim Klimaschutz einen Bewusstseinswandel in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eingeleitet. Weitgehender Konsens herrscht darüber, dass gehandelt werden muss, um die durch den Menschen verursachte Erderwärmung zu verlangsamen. Strittig ist jedoch, was und wie viel getan werden muss, und wie die Kosten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu verteilen sind. Dies waren zentrale Themen einer gemeinsamen Tagung der Akademie und der Vertretung der EU-Kommission.

Hans Peter Schmid, Direktor des in Garmisch-Partenkirchen angesiedelten Teilinstituts für Atmosphärische Umweltforschung des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung des Forschungszentrums Karlsruhe, sieht es als wissenschaftlich erwiesen an, dass der durch den Menschen verursachte Ausstoß an CO₂ den natürlichen Treibhauseffekt verstärkt und maßgeblich die weltweite Erderwärmung verursacht. Werde dieser Trend in den nächsten Jahrzehnten nicht auf einen Temperaturanstieg von zwei Grad Celsius begrenzt, seien dramatische Rückkopplungseffekte auf das Klima mit unabsehbaren ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen zu erwarten. Welternährung und internationale Stabilität wären infolge einer Verlagerung der Klimazonen, des Wassermangels sowie des Anstiegs des Meeresspiegels gefährdet.

Vorreiter Europa

Die Europäische Union versteht sich im Klimaschutz als Vorreiter. Dies entspricht nicht nur ihrem gewachsenen Bewusstsein weltweiter Verantwortung, sondern auch wohlgemeintem Eigeninteresse. Schon jetzt ist in der Mittelmeerregion vermehrt mit Wasserknappheit zu rechnen und in ganz Europa nehmen starke, durch extreme Wetterlagen verursachte Schäden zu. Will man den Temperaturanstieg bei

zwei Grad stabilisieren, muss der globale Ausstoß an Treibhausgasen bis zum Jahr 2050 um 50 Prozent reduziert werden.

Martin Weiss von der EU-Kommission schilderte diese Herausforderungen eindringlich und stellte die Instrumente vor, die es ermöglichen sollen, das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Kein Weg führe daran vorbei, dass der Energie- und Industriesektor maßgeblich zur CO₂-Reduktion beitragen müssen. Allgemein setzt sich die Erkenntnis durch, dass nur international koordiniertes Handeln zum Erfolg führen kann. Martin Weiss hob hervor, dass

die EU – im Gegensatz zu den USA – bei der Klimakonferenz auf Bali eine Schlüsselrolle spielte. Dort sei es erstmals gelungen, Entwicklungsländer einzubeziehen, die nun auch bereit seien, Beiträge zu ihrer Emissionsreduzierung zu leisten. Die EU alleine könne die nötige Reduktion der Treibhausgasemissionen nicht erreichen. Sie kann jedoch als Vorreiter fungieren und zeigen, dass eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und CO₂-Anstieg möglich ist. Das EU-Programm für erneuerbare Energien (Climate Action and Renewable Energy Package) soll helfen, diese Rolle auszufüllen. So schlägt die Kommission vor, die Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um 20 bis 30 Prozent zu reduzieren. Die dritte Phase des Emissionshandelssystems (ETS: Emission Trading System) solle einen erheblichen Beitrag dazu leisten. Die positive Wirkung des Paketes ist nach Martin Weiss überzeugend: technologische Führerschaft in einer kohlenstoffarmen Volkswirtschaft und Verbesserung der Energiesicherheit durch die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Entscheidend sei jedoch die Vermeidung



Zeichnung: Stuttmann

von unabsehbaren Kosten, die entstehen würden, wenn man nichts unternehme, um den Klimawandel zu stoppen. Dies habe jedoch ebenfalls seinen Preis: Die EU-Kommission rechne bis 2020 mit 90 Milliarden Euro direkten Kosten. Dies entspräche aber nur 0,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU.

Auch Heinrich Hick, Generaldirektor von Forschung der EU-Kommission, wies darauf hin, dass die Entwicklung neuer kohlenstoffärmer Energietechnologien gefördert würde, um einen Wandel der Energieversorgung zu erreichen. Im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften unterstützte man die Zusammenführung von technologischem Know-how der Forschungseinrichtungen, Industrie, Gesetzgeber und Finanzinstitute. Allerdings decke die Forschung zur Kernfusion einen großen Teil der europäischen Forschungsanstrengungen ab, da es sich in diesem Fall um tatsächlich gemeinsame, also transnational zu bewältigende Forschungsanstrengungen handle. Ob diese Technologie tatsächlich jemals eine sichere, nachhaltige und wirtschaftliche Energiequelle sein werde, stehe allerdings noch in den Sternen.

Der ehemalige bayerische Umweltminister Werner Schnappauf, jetzt Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), kündigte eine „industrielle Revolution“ an. Der Umstieg auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft sei unumgänglich, die Schritte dorthin müssten jedoch sorgsam gewählt werden. Es sei nicht sinnvoll, wenn die EU nun zu ehrgeizige Ziele verfolge, andere Staaten aber wie die USA oder China weiterhin ihren CO₂-Ausstoß erhöhten. Dies schade energieintensiven Branchen wie der Stahlindustrie, bringe aber wenig für den globalen Klimaschutz. Letztlich müsse auch die Lastenverteilung zwischen den EU-Staaten immer wieder geprüft werden. Hintergrund dieser Bemerkungen war nicht nur der Streit um die globalen CO₂-Reduktionsziele – Deutschland fühle sich hier innerhalb der EU teilweise im Nachteil, so Schnappauf –, sondern auch der aktuelle Streit um die Emissionsziele in der Automobilbranche.

Förderprogramme gefordert

Der BDI-Geschäftsführer verwies auch auf das hohe Potenzial zur Energieeinsparung im Gebäudesektor. Hier sei, wie eine Studie von McKinsey im Auftrag des BDI herausgearbeitet habe, eine CO₂-Reduktion kostengünstig zu erreichen. Deshalb plädierte er für entsprechende Förderprogramme, um diese Einsparungspotenziale nutzbar zu machen. Zudem müssten früher neue Produkte gekauft werden, die weniger Energie verbrauchten als die Altgeräte. Die deutsche Wirtschaft wolle besonders durch die Entwicklung neuer klimafreundlicher und kohlenstoffärmer Technologien ihren Beitrag zur Verbesserung des weltweiten Klimas leisten.



Ex-Minister Werner Schnappauf deutete eine Wende des BDI in Sachen Klimaschutz an

Fotos: Ofen

Der Beitrag von Schnappauf deutete eine Wende des BDI an, der bisher Initiativen im Klima- und Umweltbereich eher skeptisch bewertete.

Klimaschutz könne mit Energiesicherheit einhergehen, denn eine Diversifizierung der Energiequellen und ein größerer Anteil erneuerbarer Energien erhöhten nach Weiss die Versorgungssicherheit. Zudem können auch künftig die Abscheidung und Speicherung von CO₂ beispielsweise in leeren Gasfeldern eine wichtige Rolle bei der Transformation in eine kohlenstoffarme Gesellschaft spielen. Wie prekär eine Energiediversifizierung sein kann,

betonte Werner Gumpel von der Hochschule für Politik in München. Die Bedeutung Russlands und der zentralasiatischen Staaten für die Energieversorgung Europas sei nicht nur aus Gründen der geopolitischen Abhängigkeit, sondern auch insofern bedenklich, als die Förderbedingungen in diesen Ländern häufig sehr umweltschädlich seien.

Atomenergie nicht durchsetzbar

Eine Alternative, zumindest für den Übergang, sei – so Gumpel – die Kernenergie. Sie sei jedoch in Deutschland aus „politischer und ideologischer Sicht nicht durchsetzbar“, wogegen andere EU-Länder (siehe die Kooperation Frankreichs und Großbritanniens in diesem Bereich) verstärkt auf diese Energiequelle setzten und damit auch industrielpolitisch hier ihre Chancen nutzten. Es sei zudem bedenklich, dass Russland in den nächsten 12 Jahren die Inbetriebnahme von 26 neuen Atomkraftwerken plane, deren Sicherheitsstandard weitaus niedriger als in Deutschland sei. Im Anschluss an diese Ausführungen zeigte die lebhafte Diskussion mit den Tagungsteilnehmern, dass dieses Thema nichts an gesellschaftspolitischer Brisanz in Deutschland verloren hat.

Auch Roger Kohlmann vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft warnte in der abschließenden Podiumsdiskussion davor, aus der Kernenergie aussteigen zu wollen und gleichzeitig die Genehmigung von neuen Kohlekraftwerken zu behindern. Dadurch sehe er die Energieversorgungssicherheit gefährdet. Andernfalls müsse Deutschland Strom importieren und hätte dann keinerlei Einflussmöglichkeiten mehr auf die Erzeugungsart dieser Energie.

Wolfgang Seiler vom Institut für Meteorologie und Klimalforschung in Karlsruhe, regte an, Kernkraftwerke länger laufen zu lassen, doch die finanziellen Vorteile staatlich abzuschöpfen und für die Erforschung alternativer Energien einzusetzen. Dadurch gewinne man Zeit hinsichtlich der CO₂-Reduktion und Forschung.

Roger Kohlmann kritisierte den Widerstand der Bevölkerung beim Bau alternativer Energieanlagen: „Neue Energiequellen sind in dieser Republik nur so lange erwünscht, wie sie sich nicht vor der eigenen Haustüre befinden!“ Vielfach würden Infrastrukturmaßnahmen deshalb stark verzögert, weil den Behörden Bearbeitungskapazitäten fehlten und die Klagen der Bürger einen langen Rechtsstreit nach sich zögen. Den Menschen müsse jedoch bewusst sein, dass es ohne neue Infrastruktur keine dezentralen Energiestrukturen geben könne.

Realisierbare Ziele

Harte Fakten zu den Kosten des Klimawandels präsentieren die Studien von McKinsey und des Umweltbundesamtes (UBA). Die McKinsey-Studie wurde in Kooperation mit der Wirtschaft erstellt und liefert sehr detailliert die Kostenszenarien für einzelne Branchen. Beide Studien kommen zu dem Schluss, dass die Ziele der Bundesregierung (Reduzierung der Treibhausgase bis 2020 um 30 Prozent) realisierbar und auch finanziertbar sind. Anja Hartmann von McKinsey betonte jedoch, dass Reduzierungen über die 30 Prozent hinaus nur mit hohen Kosten und starken Einschnitten in Lebensqualität und Wachstum zu erreichen seien.

Christoph Erdmenger vom UBA sah dies anders, denn die Ergebnisse der Studie des Umweltbundesamtes zeigten, dass auch Reduktionen von 40 Prozent im Rahmen der finanzierten Möglichkeiten lägen. Treibhausgase ließen sich durch innovative Technik reduzieren, wobei dadurch auch positive Beschäftigungseffekte erzielt werden könnten. Die höheren Kosten der CO₂-Reduktion in der McKinsey-Studie ergäben sich auch dadurch, dass sie kein verstärktes Energiesparverhalten der Bevölkerung annehme.

Verschiedene Instrumente, die solche Verhaltensänderungen herbeiführen können, stellte Anselm Görres, Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform, vor. Um die deutschen Klimaziele zu erreichen, würden laut Görres die ordnungspolitischen Instru-

mente nicht ausreichen. Ökologische Steuern verschiedenster Ausprägung gebe es bereits in den meisten europäischen Ländern. Die Effekte dieser Steuern könnten auch an deutschen Beispielen aufgezeigt werden. Wegen der Ökosteuer auf Mineralöl habe sich der Treibstoffverbrauch in Deutschland um 16 Prozent verringert. Da man die Einnahmen aus der Ökosteuer auch dazu verwende, die Lohnnebenkosten zu senken, sei zudem die Steuerlast um vier Prozent gefallen. Ein Aspekt, den besonders Wirtschaftsvertreter begrüßten.



*Staatssekretär Michael Müller:
Neudefinition von Gerechtigkeit,
Wachstum und Freiheit*

Ambitionierte Ziele

Weitere positive Erfolge der Ökosteuer seien die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Erhöhung der Energieeffizienz. Görres gab dem marktkonformen Mittel Emissionshandel den Vorzug vor direkter staatlicher Regulierung. Wolfgang Seiler betonte: „Klimaschutz geht über den wichtigsten Körperteil: den Geldbeutel!“ Auch er bescheinigte der Bundesregierung, einen richtigen Weg eingeschlagen zu haben, befürchtet jedoch Umsetzungsschwierigkeiten auf kommunaler Ebene, die dazu führen könnten, dass die ambitionierten Ziele scheitern werden.

Ehrliche und nachdenkliche Worte fand der Staatssekretär im Bundesumweltministerium Michael Müller. Er sehe die Gefahr, dass – allem Aktionismus zum Trotz – die aufgestellten Ziele in der Zukunft relativiert werden könn-

ten. Deshalb forderte er, den Klimawandel mit anderen großen Themen zu verbinden und damit eine Dynamik zu entfalten, um wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele zu bündeln. Wie eine solche Dynamik entstehen soll, ließ er offen. Für ihn ginge es nicht nur um den Klimaschutz, sondern auch um



Anselm Görres: „Wegen der Öko-steuer auf Mineralöl hat sich der Treibstoffverbrauch in Deutsch-land um 16 Prozent verringert“

eine Neudefinition von Gerechtigkeit, Wachstum und Freiheit. Die Welt stünde am Beginn eines „ökologischen Jahrhunderts“. Deshalb sei ein Umdenken notwendig. Man müsse „weg von den alten klassischen Versorgungsstrukturen hin zu einer dezentralen Struktur des möglichst optimalen Vermeidens nicht mehr notwendigen Energieeinsatzes zur Erzeugung einer gewünschten Dienstleistung“.

Ein Energieumbau könnte auch große Chancen für unsere Wirtschaft eröffnen. Deutsche Unternehmen hätten im Umweltbereich einen Marktanteil von acht bis 30 Prozent, so viel wie keine andere Volkswirtschaft. Müller warnte jedoch davor, sich auf den Erfolgen auszuruhen. Er gehe davon aus, dass die USA sehr wohl um den Klimawandel wüssten und ihrerseits Forschung betrieben. Deutschland müsse daher das Tempo anziehen, um seine Marktposition zumindest zu halten. Es werde sich also lohnen, das Thema Klimaschutz weiterhin im Auge zu behalten. Zumal die Ziele 2030 und 2050 noch weit entfernt und politische Paradigmenwechsel in dieser Zeit nicht unwahrscheinlich seien. ■

Caroline Ofen / Wolfgang Quaisser

Patriotismus – Bindekraft oder Sprengsatz?

Hans-Peter Schwarz: Erosion des Staates

Hat Patriotismus in modernen Industriegesellschaften im Zeitalter der Globalisierung noch einen Platz? Kann er als Leim in der sich rasch wandelnden Gesellschaft wirken? Oder ist er ein Sprengsatz zwischen den Nationen und innerhalb von Gesellschaften? Durch die Tagung zog sich Dolf Sternbergers „Verfassungspatriotismus“ (siehe dazu Akademie-Report 4-2007, Seite 29-31) wie ein roter Faden.

Der bekannte Bonner Historiker Hans-Peter Schwarz stellte eine Erosion des „Staates“ fest, bedingt vor allem durch die europäische Integration. Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht sei das System der territorial definierten und

diesem Hintergrund setzte Schwarz ein großes Fragezeichen hinter die Möglichkeit eines europäischen Verfassungspatriotismus bei den Bürgern.

Leitkultur inhaltsleer

Die frühere Bundesjustizministerin und bayerische FDP-Chefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger plädierte für den von Dolf Sternberger geprägten



Hans-Peter Schwarz: EU immer mehr ein oligarchisches System

souveränen Nationalstaaten untergegangen. Trotz unterschiedlicher Integrationsniveaus verschiedener Politikfelder habe die Europäisierung den Nationalstaaten längst viele Kernbereiche der Staatlichkeit entzogen und werde ihnen in Zukunft weitere entziehen – ohne dass es diesen wirklich bewusst sei. Der erodierende Staat habe sich inzwischen fast aller Möglichkeiten begeben, seinen eigenen Bürgern partikulare Vorteile zu verschaffen. Zudem nehme die Europäische Union Züge eines oligarchischen Systems an, in dem die zentrale demokratische Sanktionsmöglichkeit der Abwahl der Regierenden nicht gegeben sei. Vor



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger plädierte für Verfassungspatriotismus Fotos: Kietzmann

Begriff des Verfassungspatriotismus, der sich auf einem republikanischen Bewusstsein sowie kulturellen und historischen Bindungen begründe. Es bestehe die Notwendigkeit einer offensiven Auseinandersetzung mit dieser Thematik, was auch die Diskussion über eine deutsche Leitkultur zeige. Der Begriff der Leitkultur sei inhaltsleer und den Grund- und Freiheitsrechten des Grundgesetzes unterzuordnen. Der Wertekonsens des Grundgesetzes dürfe nicht relativiert werden, und sein Inhalt in den Diskurs über Patriotismus einfließen.

Für den früheren sächsischen Minister Arnold Vaatz ist Verfassungspatriotismus eine „Kopfgeburt“. Er stellte sich die Frage: „Womit identifizierte ich mich?“ Bereits in der DDR habe es eine Debatte über den Patriotismus der Deutschen gegeben. „Das Volk“



Arnold Vaatz: Durch Entdramatisierung des Patriotismus Wähler rechtsextremer Parteien zurückgewinnen

sei der Kernbegriff der Identifikation gewesen, erkennbar an Begriffen wie „Volkseigentum“ oder „Nationale Volksarmee“. Der Begriff der Nation sei in der DDR so thematisiert worden, dass von zwei deutschen Nationen, nämlich einer sozialistischen und einer kapitalistischen, die Rede gewesen sei.

Bemerkenswert sei auch der Wandel von der Forderung „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“. Dies symbolisiere eine Hinwendung der Menschen in der DDR zu einer gesamtdeutschen Identität, einem gesamtdeutschen Zusammenhalt und einer Rückbesinnung auf die historischen Wurzeln. Vaatz plädierte dafür, ein Denken in Extremen zu vermeiden und bezüglich einer Leitkultur für mehr Gelassenheit. Durch eine Entdramatisierung des Begriffs Patriotismus könne man Wähler rechtsextremer Parteien zurückgewinnen.

Das „bessere Ich der Deutschen“

Auch der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer widmete sich Sternbergers „Verfassungspatriotismus“. Das Grundgesetz finde angesichts der totalitären Erfahrungen als eine Art Verfestigung des „besseren Ichs der Deutschen“ im Unterschied zu Parteien und Parlament weithin große Akzeptanz. Auch nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wollte die Mehrheit daran festhalten. Durch Verfassungspatriotismus werde Integration von unten erzeugt.

Katharina Körner untersuchte als Juristin den neuen EU-Vertrag von Lissabon auf Elemente, die einen Europa-Patriotismus fördern könnten, etwa den Verweis auf gemeinsame Werte, die Grundrechte-Charta, die neue EU-Präsidentschaft, den EU-Außenminister und das Bürgerbegehren. Alle diese Punkte hätten durchaus Identifikationspotenzial, dennoch dürfe man nicht allzu optimistisch sein. Vor allem darin, wie der an Bürgervoten gescheiterte Verfassungsvertrag nun als Vertrag von Lissabon an den Bürgern „vorbeiratifiziert“ werde, sah Körner einen kritikwürdigen Punkt: „So wird kein europäischer Patriotismus gestiftet“.

Patriotismus mit Weltanspruch

Referenten aus Frankreich, den USA und Russland diskutierten „Patriotismus als Bindekraft großer Nationen“. Der französische Germanist Gilbert Merlio unterschied zunächst verschiedene Formen des Patriotismus in Frankreich. Von größter Bedeutung sei der Patriotismus der Resistance. Dieser sei der grundlegende Mythos der französischen Republik und eng mit Charles de Gaulle als „Retterfigur“ verbunden. Wesentliche Bestandteile seien die Souveränität, die Größe und die Stimme Frankreichs in der Welt. Diese Form eines Patriotismus mit Weltanspruch werde von der Mehrheit der Franzosen begrüßt und drücke sich in einem patriotischen Stolz aus, der oftmals in einen Antiamerikanis-

mus übergehe. Allerdings sei der Patriotismus in Frankreich herausgefordert. Der Resistance-Mythos sei am Zerbröckeln. Hinzu komme der Regionalismus und die Nachkommen von Einwanderern aus Nordafrika, die kein gewachsenes Verhältnis zu Frankreich entwickelt hätten und sogar Hass gegen „ihr Vaterland“ empfinden würden.



Hans Vorländer: Verfassungspatriotismus erzeugt Integration



Katharina Körner: EU-Verfassungsvertrag als „Vertrag von Lissabon“ an den Bürgern „vorbeiratifiziert“

Der Amerikaner Charles K. Mallory vom Berliner Aspen Institute forderte einen aufgeklärten Patriotismus, der Nationalismus und Chauvinismus ausschließe. Patriotismus sei eine „emotionale und intellektuelle Verbundenheit mit einer Nation oder einem Vaterland,

wobei die Idee des Vaterlandes nicht unbedingt nur mit einer Nation verbunden sein muss“. Patriotismus sei eine Einstellung, welche die positiven kulturellen, historischen und politischen Beiträge des Vaterlandes zur allgemeinen Weltzivilisation schätze. Verfassungspatriotismus dagegen sei ein „intellektuell elitäres Konzept“, welches die gefühlsmäßige Bindung vieler Menschen zur Nation vernachlässige und damit für die breite Masse der Bevölkerung ungeeignet sei.

Ekaterina Timoschenkowa vom Moskauer Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften erläu-



Ekaterina Timoschenkowa: Immer mehr Patrioten in Russland

terte, dass sich nach einer aktuellen Umfrage 83 Prozent der Bevölkerung Russlands als Patrioten einschätzen. Das seien deutlich mehr als früher. Patriotismus rangiere nach der Familie, dem seelischen Gleichgewicht und dem materiellen Wohlergehen an vierter Stelle. Eine Entwicklung des Patriotismus in Richtung eines Verfassungspatriotismus erscheine auf Grund der vielen Verfassungsänderungen und des daraus resultierenden fehlenden Vertrauens in die Verfassung als zweifelhaft. ■

Benjamin Kietzmann /
Stefan Köppel

Siehe Presseschau auf Seite 25/26

Eine längere Version des Berichts findet sich im Internet (www.apb-tutzing.de) unter „Archiv“

Vor vierzig Jahren: die 68er

Fernwirkungen eines Mythos

Was vom langen Marsch durch die Institutionen übrig blieb

„68 lässt uns nicht kalt“. Mit dieser Feststellung eröffnete Akademiedirektor Heinrich Oberreuter die Tagung „Marsch durch die Institutionen? Die 68er.“ Bestätigung fand diese These in der großen Zahl von Zuhörern, die an der Tagung teilnahmen, und in den lebhaften kontroversen Diskussionen.

Hans Maier, Politikwissenschaftler und von 1970 bis 1986 bayerischer Kultusminister, näherte sich dem Thema mit einer Bilanz aus persönlicher Sicht. Er blickte dabei auf Erfahrungen zurück, die er als Professor in München während der Studentenunruhen gemacht hatte. Für ihn kamen die Ereignisse des Jahres 1968 nicht unerwartet, aber in ihrer Wucht überraschend. Trotz der großen Zahl von Universitätsgründungen und Berufungen neuer Professoren sei die Verfassung der Universitäten unverändert geblieben, was die Frage nach einer Reform der Hochschulen aufgeworfen habe. Parallel zu den Veränderungen in der deutschen Politik, die mit der Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD und der veränderten Positionierung der FDP eingesetzt hätten, sei eine deutliche Veränderung des Klimas innerhalb der deutschen Hochschullandschaft einhergegangen.

Mit dem gewaltsamen Tod des Studenten Benno Ohnesorg habe eine „Sprach- und Denkvorherrschaft“ des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) an den deutschen Hochschulen begonnen. Nach dem Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke sei eine Eskalation der Ereignisse festzustellen gewesen. „Teach-Ins“, mit denen auch Vorlesungen behindert und gestört wurden, und antisemitische Äußerungen gegenüber jüdischen Professoren waren für Maier negative Vorkommnisse. Zwar sah auch Maier Reformbedarf bei der damaligen Universität, lehnte aber Gewalttätigkeit, ideologische Einseitigkeit und ständi-

sches Denken strikt ab. Auch sei das Jahr 1968 eine Zeit der Sprach- und Bewusstseinsänderung gewesen und die Linke nicht mit dem Staat und dessen Gewaltmonopol zurechtgekommen.

Was bleibt für Maier von 1968? Späte Folgen wie zum Beispiel Terrorismus und Aktionismus seien wieder verschwunden. Andere Errungenschaften, wie mehr Freiraum, Partizipation und Emanzipation, hätten sich im gesell-



Hans Maier: 1968 war eine Zeit der Sprach- und Bewusstseinsänderung
Fotos: Kietzmann

schaftlichen Bewusstsein verankert. Nach 1968 sei das Festhalten an Bestehendem erkläzungspflichtig geworden, vorher war es der Wunsch nach Veränderung. Maiers Fazit: Die langfristigen Wirkungen des Jahres 1968 und der Studentenbewegung seien nicht gering, vor allem die zunehmende Politisierung der Bevölkerung stamme aus

dieser Zeit. Dennoch stelle „1968“ kein Jahrhundertereignis dar, sondern eine Herausforderung, bei der sich die innere Stärke der Demokratie bewiesen habe.

Integrierte Rebellion

Der Schriftsteller und Präsident des deutschen PEN-Clubs Johano Strasser eröffnete seine persönliche Rückschau mit der Feststellung, dass kein Schlagabtausch zwischen ihm und Hans Maier zu erwarten sei. War die



Johano Strasser: Motive und Verdienste des Aufstands der unruhigen Jugend von 1968 nicht in Vergessenheit geraten lassen

bundesdeutsche Demokratie durch die 68er gefährdet? Nein, Rebellion sei integriert worden. Dabei verwies Strasser auch auf seinen eigenen Weg in die SPD, mit dem Ziel der Veränderung von Partei und Gesellschaft – dem Ziel all jener, die damals den Marsch durch die Institutionen antraten. Mögliche Fehlentwicklungen seien innerhalb der Bewegung kontrovers diskutiert worden: die 68er hätten die Anwendung von Gewalt nicht grundsätzlich befürwortet. Ursachen für diese Radikalisierungen seien das unangemessene Verhalten der Polizei gegenüber friedlichen Demonstranten, der milde Um-

gang mit Nazi-Verbrechern und die Enttäuschung über das Verhalten der USA im Vietnamkrieg gewesen. Die vermeintlich falsche Bündnistümlichkeit der Bundesrepublik wurde ebenso kritisiert wie die Notstandsgesetze. Auch sei von der Seite der 68er versucht worden, Revolutionsmodelle auf demokratische Staaten zu übertragen. Der politischen Romantik von links erteilte Strasser eine klare Absage, wollte aber die Motive und Verdienste des „Aufstands der unruhigen Jugend von 1968“ nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Zentrales Thema der kontroversen Diskussion zwischen Maier und Strasser war die Frage, „wie dumpf die Adenauer-Zeit“ gewesen sei. Maier verwies auf Leistungen Adenauers und seiner Regierung wie die Einführung der sozialen Marktwirtschaft, die Europapolitik und Adenauers klare Option für die Westbindung. Nach Strassers Ansicht sei die Demokratie der 50er und 60er Jahre nicht pluralistisch gewesen. Die 68er hätten eine überfällige Modernisierung der Gesellschaft ausgelöst und so entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Bundesrepublik zu einer „relativ normalen Demokratie“.

Angriff auf die Herrschenden

Der Politikwissenschaftler Gerd Langguth mahnte Differenzierung als oberstes Grundprinzip bei der Auseinandersetzung mit dieser Zeit an: Wichtig sei die Unterscheidung zwischen dem harten Kern und einer Vielzahl wohlmeinender Mitläufer. Als Hintergrundbedingung für die Ereignisse um 1968 müsse man in Rechnung stellen, dass die bundesrepublikanische Elite damals noch nicht demokratisch gefestigt gewesen sei. Ihr sei es angesichts des „Angriffs auf die Herrschenden“ schwer gefallen, das System zu verteidigen. So seien auch viele Intellektuelle harsche Kritiker der bestehenden Verhältnisse gewesen – laut Langguth aber im Irrtum, denn die Demokratie habe nicht erst 1968 angefangen. So habe die 68er Bewegung auch auf liberalisierenden Entwicklungen aufgebaut, die längst im Gange gewesen sei-

en. Daher sei sie zwar nicht nur, aber auch als genereller Jugendprotest gegen das Elternhaus zu sehen. Ebenso sei sie nicht nur politisch, sondern auch sozialpsychologisch zu verstehen: als Ausdruck eines generellen Kulturpessimismus. So seien Zugehörigkeitsgefühl, Elitenbewusstsein und die Suche nach Identifikationsfiguren wichtige psychologische Momente gewesen. Im Laufe der Zeit sei dann die Frage der Gewaltanwendung immer mehr zum prägenden Element der Bewegung geworden, die nicht nur vom harten Kern diskutiert worden sei und schließlich zur Spaltung geführt habe.

Wulf Schönbohm schilderte die damalige Situation an der FU Berlin. Dort hätten die 68er die Universität als Institution zur Herausbildung autori-



Wulf Schönbohm: Infragestellung von Autoritäten ist selbstverständlich geworden

tärer Menschen begriffen und die ersten Versuche gestartet, das als autoritär begriffene System herauszufordern, was sich dann auf die ganze Stadt Berlin ausgeweitet habe. Dabei sei ganz unabhängig von der politischen Ausrichtung der Protest gegen die Autorität der Universitätsleitung weit verbreitet gewesen.

Angesichts der neuen Protestformen hätten sich sowohl die Leitung als auch die Professoren völlig unvorbereitet und hilflos gezeigt, ebenso wie danach die Polizei. Zu den generellen Wirkungen der 68er zählte Schönbohm, dass die Infragestellung von Autoritäten selbstverständlich geworden sei. Das sei uneingeschränkt positiv zu werten,

zumal die damalige Gesellschaft aus heutiger Sicht tatsächlich autoritärspeßige Züge getragen hätte. Dass das Ziel der grundlegenden Systemveränderung nicht erreicht wurde, begrüßte Schönbohm dagegen ausdrücklich. Eine negative Folge sei der Abbau von Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit und Höflichkeit sowie von Leistungsanforderungen im Bildungssystem. Auch die tief greifende Veränderung der Sexualmoral sowie der Einstellung zu Ehe und Scheidung sei nicht unbedingt positiv zu sehen.

Fernwirkungen

Ob die 68er ihre Ziele der Systemveränderung beziehungsweise -überwindung erreicht haben, untersuchte Heinrich Oberreuter. Seine These: Das Ziel der führenden 68er war nicht Systemveränderung, sondern revolutionäre Systemüberwindung. Dabei seien sie gescheitert, hätten aber Spuren hinterlassen. Letztlich hätten sie durch die Anregung zur Behebung bestehender Defizite auf lange Sicht sogar zur Stabilisierung des Systems beigetragen.

Drei problematische Zielvorstellungen der 68er unterzog Oberreuter einer näheren Betrachtung: Erstens hatte die Bewegung in ihrem Antiparlamentarismus und ihrer Ablehnung der repräsentativen Demokratie an frühere Parlamentarismuskritik wie bei Carl Schmitt angeknüpft. Dem Gegenmodell der Identität von Regierenden und Regierten liege eine monistische Gesellschaftskonzeption zu Grunde, die Interessenpluralität ausschließt.

Zweitens sei der „Demokratismus“ der 68er ein Angriff auf die freiheitliche Gesellschaft gewesen, die durch Rollendifferenzierung und einen partiellem staatlichen Gestaltungsanspruch charakterisiert sei. Der Anspruch, die gesamte Gesellschaft zu demokratisieren, hätte dagegen die Politisierung aller Daseinsbereiche zur Folge. Dem liege das Missverständnis zu Grunde, dass Demokratie die Freiheit von Herrschaft bedeute. Im Gegenteil: je mehr bislang politikfreie Bereiche Mehrheitsentscheidungen unterworfen werden, um so mehr nähmen – speziell für die Unterlegenen – Herrschaftsphänomene zu.

Oberreuter wies darauf hin, dass Demokratie vielmehr ein Instrument zur Herstellung und Sicherung von Freiheit sei – nicht zuletzt durch ihre Begrenzung auf genuin politische Bereiche. Eine positive Fernwirkung des „Demokratismus“ sei allerdings der Wandel der politischen Kultur und die stärkere Wertschätzung demokratischer Verhaltensweisen und Partizipation.

Drittens hätten die 68er zumindest rhetorisch Legitimitätskonzessionen an die Gewalt gemacht und auch Gewalt als politisches Mittel wiederentdeckt, von der begrenzten Regelverletzung

RAF als Speerspitze

Bettina Röhl, Journalistin und Tochter von Ulrike Meinhof, beschäftigte sich mit der Frage, ob der Weg von der antiautoritären Bewegung zum bewaffneten Kampf unvermeidlich gewesen sei. Der Schlüssel für die Beantwortung dieser Frage lag für sie darin, dass die Themen der 68er mit den Themen des alten Kommunismus gleichzusetzen seien: so die alte kommunistische Idee der Revolution, die nicht ohne Gewalt funktioniere. Damit sei Gewalt der Bewegung von Anfang an immament gewesen, legitimiert mit der Un-



Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 in Berlin war für viele Mitglieder der studentischen Protestbewegung ein Signal zur Radikalisierung. Neben dem tödlich getroffenen Ohnesorg: Friederike Haussmann

Foto: Jürgen Henschel

bis hin zum Terrorismus. Als Fernwirkungen bis heute nannte Oberreuter die Unklarheit über die Definition von Gewalt, die daher teils opportunistische Bezeichnung von Handlungen als gewalttätig und letztlich die gewachsene Bereitschaft, Gewalt hinzunehmen.

Sein Fazit: Von den verfassungspolitischen Alternativen zum bestehenden System sei nicht viel geblieben, doch habe die Bewegung sämtliche vorhandenen Affekte und Vorurteile gegen den Parlamentarismus und den Parteienpluralismus gepflegt. Positiv sei allerdings der Wandel der politischen Kultur zu sehen.

terscheidung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Personen. Somit sei die Rote Armee Fraktion (RAF) die Speerspitze der 68er gewesen. Rudi Dutschke als bestimmende Figur habe die Hybris besessen, ein neues Bewusstsein zu haben – ein bestimmendes Element von Anfang an.

Gewalt bekennen

Im Zentrum habe die Idee einer Revolution gestanden, ohne eine Vorstellung, wie sie in die Realität umzusetzen sei. Mit ihrem Heer von Mitläufern, das Röhl auf 4000 bis 6000 Personen bezifferte, seien sie gegen die

staatlichen Autoritäten mit Gewalt vorgegangen. Röhl forderte deshalb, dass die damaligen Akteure den Einsatz von Gewalt bekennen sollten. Kritisch sei auch die einseitige Fixierung auf das studentische Opfer Benno Ohnesorg und dessen Instrumentalisierung zu



Bettina Röhl: 68er-Bewegung war geprägt von politischem Messianismus

sehen, während die durch die Studenten verursachten Opfer in Vergessenheit geraten seien. Röhl stellte fest, dass die 68er-Bewegung einem politischen Messianismus mit allen seinen Gewaltimplikationen anhing. Der Weg zur Gewalt, wie sie die RAF später praktizierte, war für Röhl nach dem Verständnis der 68er nur konsequent.

Das Verhältnis der 68er zur Gewalt wurde zum zentralen Thema der Tagung. Auch wenn zugestanden wurde, dass die meisten gewaltfrei agierten, blieb der Vorwurf an die 68er bestehen, zumindest mit der Rhetorik die Schwelle zur Gewalt deutlich herabgesetzt zu haben und denen, die Gewalt anwendeten, nicht entgegengetreten zu sein.

Eine zweite Frage lautete: Wer waren „die 68er“? Der innere Zirkel oder die breite Masse der damals Protestierenden? Beides kontroverse Punkte, die sich wohl noch durch das gesamte „Jubiläumsjahr“ 2008 ziehen werden. ■

Benjamin Kietzmann / Stefan Köpl

Siehe Presseschau auf Seite 24

Neues aus den Archiven

Einblicke in die DDR-Diktatur

Eine kürzlich vom Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin veröffentlichte Studie zum DDR-Bild von Schülern in Ost- und Westdeutschland hat ein erhebliches Maß an Unwissen über die DDR offenbart. Eine „sozial-romantische Verklärung“ der vor fast zwei Jahrzehnten untergegangenen Diktatur herrsche vor. Das Fehlen demokratischer Wahlen werde häufig nicht weiter bewertet. Offenkundig haben die vielfältigen Forschungsergebnisse zur DDR-Diktatur noch zu wenig Eingang gefunden in den Schulunterricht. Es spricht einiges dafür, dass die kommunistische Gewaltherrschaft noch nicht ihren umstrittenen Platz in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik gefunden hat, zumal die politisch-moralische Bewertung des SED-Unrechts nach wie vor unsicher bleibt.

Mehr Aufmerksamkeit für zeitgeschichtliche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse ist daher angesagt, die geeignet sind, ein realistisches Bild von den Verhältnissen in einer Diktatur zu vermitteln. Einen Beitrag dazu sollte die von Jürgen Weber geleitete Tagung „Neues aus den Archiven – Einblicke in die DDR-Diktatur“ leisten. Die vielen Teilnehmer sprechen für einen großen Informationsbedarf.

Mit „Bundesbürgern im Dienst der DDR-Spionage“ wurde ein heikles Thema als Einstieg gewählt. Der Historiker Georg Herbstritt, der sich in der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (kurz BStU oder Birthler-Behörde) mit der Erforschung der „Westarbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) beschäftigt, bot zum Auftakt einen Überblick über die Aktivitäten des MfS in der Bundesrepublik. Die „Inoffiziellen Mitarbeiter“ der Stasi waren in alle sensiblen Bereiche der Bundesrepublik wie Militär, Sicherheit, Politik, Wirtschaft und Verwaltung eingedrungen. Als die Mauer fiel, gab es noch mindestens 3000 bundesdeutsche DDR-Spione, gut die Hälfte von ihnen führte der Auslandsspionage (HVA). Im Laufe von 40 Jahren deutscher Teilung waren rund 12 000 Bundesbürger als Spione für die DDR im Einsatz. Ein solcher Apparat konnte natürlich nicht von heute auf morgen

aufgebaut werden. Noch 1967 wurde die HVA des MfS von Erich Mielke gerügt, dass sie zwar viele Informationen beschaffen würde, diese jedoch „oberflächlich, subjektiv oder wertlos“ sei-



Georg Herbstritt: Überblick über die Aktivitäten des MfS in der Bundesrepublik
Fotos: Ofen

en. In den folgenden Jahren verbesserte sich die Qualität der beschafften Informationen merklich, vor allem auch deshalb, weil viele Bundesbürger angeworben werden konnten, die sich als Spione der HVA bewährten.

Nachwuchsprobleme

Durch die aufkeimende Sozialismusbegeisterung im Westen wurden ganz neue Gesellschaftsschichten, wie bei-

spielsweise Studenten, für die Spionagetätigkeit zugänglich. Obwohl der Leiter der Auslandsspionage Markus Wolf noch 1983 eine positive Entwicklung in seinem Bereich feststellte, führte der Regierungswechsel in Bonn und wohl auch Veränderungen des „Zeitgeistes“ zu ausgesprochenen Nachwuchsproblemen für die HVA. Immer weniger West-Deutsche waren aus ideologischen Motiven bereit, für die Staatssicherheit der DDR zu spionieren. Am einfachsten war es noch, im Bereich der Wirtschaftsspionage Mitarbeiter zu gewinnen, da diese schlicht für Geld arbeiteten.

Einen eher nach innen gerichteten Blick auf die Staatssicherheit warf Jens Gieseke, ebenfalls Historiker der Birthler-Behörde. Er präsentierte Stimmungsberichte des DDR-Geheimdienstes, die einen Überblick darüber liefern, was die DDR-Bevölkerung tatsächlich über ihre Führung und die Zustände im Land gedacht hat. Es ist bemerkenswert, dass ab 1972 die Berichte nur noch innerhalb des MfS verwendet wurden, da die SED-Führung selber kein Interesse mehr daran hatte. In diesen Berichten würde – so hat es Walter Ulbricht einmal formuliert – die „Hetz des Feindes legal verbreitet“.

Allen Berichten wurde ein „sozialistisches Klassentheater“ (Gieseke) vorgeschalet. Zunächst betonten die Berichte die allgemeine Zufriedenheit der Bevölkerung und besonders der Arbeiter mit den Verhältnissen in der DDR. Kritische Worte kämen allenfalls von Minderheiten.

Sehr aufschlussreich war der Stimmungsbericht über die Bundestagswahl 1972, demzufolge der Sieg der sozialliberalen Koalition von der DDR-Bevölkerung überwiegend begrüßt worden sei. Problematischer wurde es bei der Feststellung, dass Bundeskanzler Willy Brandt „außergewöhnliche staatsmännische Fähigkeiten“ und eine „lebensnahe und arbeiterfreundliche Politik“ zugeschrieben wurden – alles Eigenschaften, welche Honecker offenbar lieber für sich selber in Anspruch genommen hätte. Dies war schließlich auch der letzte Bericht, welcher die Führungsebene der SED erreichte.

Zum Ende der siebziger Jahre waren immer stärker Tendenzen der Unzufriedenheit in den Berichten zu lesen. Diese äußerten sich in abfälligen Bemerkungen bis hin zu „politischen Witzeleien, in denen führende Funktionäre verunglimpft werden“. Zudem wurde in den Berichten die „unzureichende und teilweise unverständliche Informationspolitik, die dazu ermuntere, auf andere Kanäle auszuweichen“ kritisiert – gemeint war das Westfernsehen.

Auch die Privilegien jener DDR-Bürger, die über Westgeld verfügten und daher teure Westwaren in Exquisitläden und im Intershop kaufen konnten, kamen in den Berichten zur Sprache einschließlich des daraus entstehenden Unmuts dieser Menschen.

1968 in der DDR

Über die Stimmung des Jahres 1968 und wie sie sich in der DDR auswirkte referierte Stefan Wolle vom Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin. Die 68er-Bewegung sei auch in der DDR zu spüren gewesen, habe sich jedoch anders geäußert als in West-Deutschland. Wolle arbeitete zwei Entwicklungen heraus: Wie in vielen westlichen Ländern gab es auch in der DDR einen Generationenbruch. Eine junge Generation war herangewachsen mit hohen ethischen Ansprüchen an die Erwachsenen, jedoch auch mit einem erhöhten Konsumverlangen. Zum anderen handelte es sich um Wirtschaftsreformen in Richtung einer gewissen Liberalisierung, die zuerst von der Sowjetunion ausgegangen waren, dort aber nach dem Machtwechsel von Chruschtschow zu Brezhnev wieder eingestellt wurden. Damit war für die DDR das Signal gegeben, ebenfalls den Reformkurs wieder zurück zu fahren. So kam es schließlich auch in der DDR zu verbotenen Aktionen, wie das Verstreuen von Flugblättern oder das Beschmieren von Hauswänden mit Anti-SED-Parolen.

Grundsätzlich unterschied sich die Bewegung im Osten jedoch sehr von der im Westen: Während die in einer sozialen Marktwirtschaft lebenden

West-Jugendlichen diese ablehnten und sich den Sozialismus wünschten, wären die Ost-Jugendlichen froh gewesen in einer freien Marktwirtschaft leben zu können. Zudem kämpften sie für mehr individuelle Freiheit.

Ende des „Prager Frühlings“

Die offiziellen Stellen in der DDR waren sehr überrascht über die Entwicklungen in der Bundesrepublik. Jedoch hätten sie sich gewünscht, dass die „Revolution“ dort von Arbeitern



Stefan Wolle: „Auch in der DDR gab es 1968 einen Generationenbruch“

und nicht von Jungakademikern ausgeginge. Es gab sogar Verhandlungen zwischen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), die von der Stasi sauber dokumentiert wurden, aber zu nichts führten.

Als am 21. August 1968 die tschechoslowakische Reformregierung unter Dubcek („Prager Frühling“) von Truppen des Warschauer Pakts – also auch der DDR – gewaltsam abgesetzt wurde, steigerte sich auch der Protest der Jugendlichen in der DDR. Sie verbreiteten Flugblätter und brachten Parolen an Häuserwänden an. Sie wurden von der Stasi beobachtet, inhaftiert und verurteilt. Aus Furcht vor Widerstand im eigenen Land wurden in Betrieben und Universitäten Zustimmungserklärungen zur Niederschlagung der Prager Reformbewegung eingeholt.

RAF und Stasi

Von weiteren deutsch-deutschen Begegnungspunkten berichtete Tobias Wunschik aus der Birthler-Behörde. Sein Vortrag „Die Stasi und der westdeutsche Linksterrorismus“ brachte Erkenntnisse über das Verhältnis zwischen der Stasi und der Roten Armee Fraktion (RAF) und der „Bewegung 2. Juni“.

Zunächst sei das Verhältnis eher von Vorsicht gekennzeichnet gewesen. Der Stasi war zwar bekannt, dass Mitglieder von linksterroristischen Vereinigungen aus der Bundesrepublik über den Flughafen Berlin-Schönefeld in den Nahen Osten reisten, eine Auslieferung an die Bundesrepublik kam jedoch zu keiner Zeit in Frage. Die ersten „Annäherungsversuche“ gingen von Seiten der Terroristen aus. Aufnahmegesuche und eine weitere Zusammenarbeit wurden jedoch zunächst abgelehnt. Als der Terrorist Michael Baumann festgenommen wurde und nur durch die Preisgabe von Informationen über die Terrorgruppe 2. Juni wieder frei kam, entdeckte die Stasi einen gewissen „Wert“ der Terroristen.

Aus Angst vor Terroranschlägen – unberechtigterweise, wie Wunschik mehrmals betonte – gründete die Stasi die Hauptabteilung XXII zur Terrorabwehr. Dadurch verbesserte sich die Zusammenarbeit zwischen der Stasi und den Terroristen, die auch Schießübungen absolvieren konnten. Zudem bot die DDR den zum Teil vom Leben im Untergrund gezeichneten Terroristen ein zeitlich begrenztes Versteck. Als dann acht kampfesmüde Terroristen nach einem Aufnahmeland suchten, war es die Stasi, welche das Angebot unterbreitete, sie aufzunehmen und ihnen eine neue Identität zu verschaffen. Man versprach sich davon zum einen weitere Informationen über die Terrorgruppen in West-Deutschland, zum anderen ging man davon aus, nun keine Anschläge befürchten zu müssen, da die neuen DDR-Bürger quasi als Geiseln fungierten.

Einige Terroristen landeten im real existierenden Sozialismus auf dem Boden der Tatsachen. Da sie zum Teil

in Fabriken arbeiteten, kamen sie mit den Problemen und Sorgen des Volkes in Berührung und es trat Ermüchterung ein. Die Personen, welche sich jedoch in dem System gut zurecht fanden, verteidigten auch nach dem Mau-

und Christian Klar aufgrund neuer Erkenntnisse über weitere Verbrechen erneut verurteilt werden.

Die ehemaligen Verantwortlichen der Stasi verteidigten ihr Verhalten später

doch als moralisch fragwürdig und als ein „Täterschutzprogramm für Gewaltverbrecher“.

Der Münchner Kommunikationswissenschaftler Michael Meyen widmete sich der Mediennutzung in der DDR. Entgegen der weit verbreiteten Auffassung, in der DDR sei so gut wie jeder nur an den Westmedien interessiert gewesen, zeichnete Meyen ein wesentlich differenzierteres Bild. Er entwickelte verschiedene Mediennutzungstypen, die sich nach Beruf, Geschlecht, Alter oder Bildung unterscheiden. Unter ihnen machte er „Zufriedene“, „Überzeugte“, „Distanzierte“, „Engagierte“, „Frustrierte“ und „Souveräne“ aus.

Am interessantesten ist „der Souveräne“. Dieser Typ lehnte zwar die Informationspolitik der DDR ab, las aber dennoch die SED-Zeitungen, um sich eine kritische Meinung dazu bilden zu können. Die Personen, die Michael Meyen diesem Typ zuordnet, waren Kirchenmitarbeiter, Künstler oder auch Selbständige. Über die Verteilung der unterschiedlichen Mediennutzer in der Bevölkerung konnte er allerdings keine Aussage machen. ■

Caroline Ofen / Jürgen Weber



Jens Gieseke (links) präsentierte Stimmungsberichte des DDR-Geheimdienstes, Tobias Wunschik lieferte Erkenntnisse über die Stasi und bundesdeutsche Terroristen: „Täterschutzprogramm für Gewaltverbrecher“

erfall noch immer ihre Taten. Mit Hilfe der nach der Grenzöffnung festgenommenen Ex-Terroristen konnten die RAF-Mitglieder Brigitte Mohnhaupt

damit, sie hätten „Terroristen aus dem Verkehr gezogen und damit das Bundesverdienstkreuz verdient“. Thomas Wunschik bewertet das Vorgehen je-

Im Heft 1/2008 des Akademie-Reports berichteten wir über die 25. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft unter dem Titel „Facettenreicher Sicherheitsbegriff“. Auf Seite 34 heißt es da über den Vortrag von Werner Link: „Am deutlichsten erkennbar sei dies im Kampf gegen den Terror. In Europa werde dieser nicht als Krieg angesehen und präemptive Gewalt,

das heißt gegen einen definitiv unmittelbar bevorstehenden oder gar bereits stattfindenden Angriff, sei nicht Bestandteil einer europäischen Sicherheitsstrategie.“

Dazu schreibt uns Prof. Werner Link: „Meine Aussage, dass die präemptive Gewalt kein Bestandteil der Europäischen Sicherheitsstrategie ist, wird falsch erläutert. Richtig ist vielmehr die

genau gegenteilige Definition, das heißt präemptive Gewaltanwendung ist Gewaltanwendung (im Sinne der Selbstverteidigung), **ohne dass** ein Angriff definitiv unmittelbar bevorsteht oder gar bereits stattfindet.“

Wir bedauern das Missverständnis und kommen hiermit seiner Bitte um Richtigstellung nach.

ms

Berichtigung

Chronistin des Wandels

Filmemacherin Sybille Krafft gibt einen Blick frei in ihre Werkstatt

Ihre Filme sind Spurensuche: egal ob über „Weibsbilder“, das untergegangene Dorf Fall im Sylvensteinsee, bayerisches Brauchtum oder das Oktoberfest. Die Filmemacherin und Historikerin Sybille Krafft hat für die Reihe „Damals“ des Bayerischen Fernsehens inzwischen über zwanzig Dokumentarfilme erstellt. Wiederholt befasste sie sich kritisch mit dem Thema Heimat. Jetzt war sie zu Gast in der Tagung „Zeitgeschichte im Film“ und bot einen Blick hinter die Kulissen ihrer Arbeit und in ihre Werkstatt.

Wie schwer es ist, authentisches Filmmaterial zu historischen Themen zu finden, machte sie am Beispiel eines Filmprojekts über die jüdische Mädchenschule in Wolfratshausen von 1926 bis zur gewaltsamen Schließung nach der Reichspogromnacht 1938 („Wir lebten in einer Oase des Friedens“) deutlich. Der Film ist bislang nicht im Fernsehen gelaufen und ein Projekt des Historischen Vereins Wolfratshausen. Zusammen mit sechs Frau-

dens“) deutlich. Der Film ist bislang nicht im Fernsehen gelaufen und ein Projekt des Historischen Vereins Wolfratshausen. Zusammen mit sechs Frau-

en aus dem Verein und der Evangelischen Kirchengemeinde wurde das Projekt ehrenamtlich und mit Spenden gestemmt. Weltweit konnten 60 überlebende Frauen dieser Schule ausfindig gemacht werden und mit 13 von ihnen wurden mehrstündige Filminterviews über ihre Erinnerungen an die Wolfratshauser Zeit gedreht. In Kanada, England und Israel wurden die Frauen besucht und die Gespräche mit einfachsten Mitteln, ohne professionelles Team und mit einer kleinen digitalen Videokamera, aufgezeichnet. Der fertige, schließlich 35 Minuten lange Film wurde Teil einer Ausstellung über die Schule im Herbst 2007 im Bayerischen Landtag.

Bild: Filmemacherin und Historikerin Sybille Krafft ist mit ihren Projekten auf Spurensuche

Foto: BR

Anschaulich erzählte die Dokumentarfilmerin von den bewegenden Dreharbeiten mit Frauen, die weit über 80, sogar knapp 100 Jahre alt sind und zum Teil zum ersten Mal seit ihrer

Befreiung aus den Konzentrationslagern wieder Deutsch gesprochen hatten. Theoretische Erörterungen über den sensiblen Umgang mit Zeitzeugen bei historischen Filmprojekten erübrigten sich so auf faszinierende Weise.

Kraffts Spurensuche geht weiter: der Film soll weiterentwickelt und um nötige Recherchen ergänzt werden, damit die Geschichte nicht dem Vergessen und Verdrängen anheim fällt.

■
Michael Schröder



Ein Foto aus der Ausstellung über die jüdische Mädchenschule in Wolfratshausen

Linktipp:

Historischer Verein Wolfratshausen: www.histvereinwor.de
Bayerisches Fernsehen: www.br-online.de/land-und-leute/himmel/damals/

Im April erhielt die Gruppe um Sybille Krafft den Tassilo-Kulturpreis der Süddeutschen Zeitung.

Neu im Kollegium:

Jurist mit philosophischen Interessen

Dr. Gero Kellermann ist neuer Dozent in der Akademie für den Fachbereich Staats- und Verfassungsrecht und Rechtspolitik. Der 36-jährige Jurist und Hobby-Jazzer ist in Hannover geboren und in Hameln aufgewachsen und zur Schule gegangen.

Akademie-Report: Wo haben Sie studiert?

Kellermann: Ich habe in Hannover Jura, Philosophie und Politikwissenschaft studiert. Während meines Referendariats war ich auch an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Warum wollten Sie Jurist werden?

Mich hat besonders die rechtliche Dimension politischer Probleme interessiert. Rechtswissenschaften ermöglichen zudem immer auch einen Blick auf verwandte Wissenschaften.

Welches waren Ihre Schwerpunkte im Studium?

Das vergleichende Verfassungsrecht und Rechtsphilosophie.

Wo haben Sie vor ihrem Wechsel nach Tutzing gearbeitet?

Ich war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Leibniz Universität Hannover an der Zentralen Einrichtung für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsethik. Das ist ein interdisziplinäres Institut mit philosophischem Schwerpunkt. Meine Kollegen dort hatten alle ganz verschiedene Fächer studiert und zusätzlich eine philosophische Ausbildung.

Hatten Sie auch einmal die Idee als Richter, Staatsanwalt oder Rechtsanwalt zu arbeiten?

Da gibt es spannende Arbeitsbereiche, aber ich fand das Verhältnis von Recht und Politik immer schon besonders interessant.



Glauben Sie, dass Juristen zuviel Einfluss auf Politik haben?

Sicher finden wir unter Parlamentariern und in Ministerien viele Juristen. Man ist auf sie im Zuge der Gesetzgebung angewiesen. Solange das zu keinem verengten Blick führt, sehe ich darin keinen Nachteil.

Warum haben Sie sich für die Tutzinger Akademie entschieden?

Die staatsbürgerliche Bildung hat mich schon immer interessiert, so auch im Rahmen meiner Doktorarbeit. Hinzu kommt vor allem der interdisziplinäre Austausch mit Kollegen aus anderen Fachgebieten und die Nähe der Akademie zum politischen Raum.

Sind Ihre Erwartungen in den ersten Wochen der Arbeit hier erfüllt worden?

Absolut. Die Kooperation mit dem Kollegium ist sehr lehrreich. Ich finde

es spannend, welche verschiedenen Hörergruppen das Haus besuchen und welche Themenvielfalt hier aufgegriffen und analysiert wird.

Welches ist Ihr erstes großes Tagungsprojekt?

Im Moment bereite ich eine Tagung vor zum Thema Freiheit und Sicherheit aus verfassungspolitischer Sicht. Vorher war ich schon als Referent in Tagungen der anderen Kollegen. Da ging es um Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und Fragen der EU.

Gab es Lampenfieber vor dem ersten Auftritt in der Akademie?

Ja, sicher ist der erste Vortrag in diesem Haus eine besondere Situation. Aber ich hatte ja zum Glück schon Vortragserfahrung.

Welches Thema wollen Sie als nächstes angehen?

Die juristische und ethische Dimension beim Umgang mit neuen Technologien wie Biotechnologie, Informationstechnik und Nanotechnologie. Das halte ich alles für sehr wichtig.

Hat sich das Nordlicht im Süden schon gut eingelebt?

Ich habe mich sehr gut eingelebt. Alle in der Akademie haben es mir sehr leicht gemacht; aber auch die anderen Menschen, die ich hier getroffen habe.

Was schätzen Sie an der neuen Umgebung besonders?

In der Akademie die thematische Vielfalt, am neuen Wohnort Starnberg die Nähe zu München und die wunderbare Landschaft. Und der bayerische Humor gefällt mir auch gut. ■

*Das Gespräch führte
Michael Schröder*

Blick in die Akademiegeschichte:

Vor 50 Jahren: Messerschmid Gründungsdirektor der Akademie

Vor 50 Jahren hat die Tutzinger Akademie ihren ersten Direktor bekommen. Im März 1958 ernannte der Bayerische Ministerrat den Oberstudiendirektor Felix Messerschmid für sechs Jahre zum Gründungsdirektor der Akademie.

Felix Messerschmid wurde am 14. November 1904 in Unterthalheim geboren und wuchs in einem schwäbisch-katholischen Lehrerhaushalt auf. Ab 1911 besuchte er das Ulmer Realgymnasium und bestand 1922 die Reifeprüfung. Von 1923 an studierte er in Tübingen und München Germanistik, Geschichte, Romanistik, Philosophie, Pädagogik und Musikwissenschaft. 1928/29 legt er das Erste und Zweite Staatsexamen für das Höhere Lehramt ab und promovierte 1937 in Tübingen mit einer Arbeit über das Kirchenlied Luthers. Ab 1929 war er Studienassessor an zwei höheren Schulen in Württemberg. Da er nicht der NSDAP beitrat, wurde er erst 1940 als Soldat zum Studienrat ernannt. Bis 1945 war er Soldat.

Von 1948 an baute Messerschmid die staatliche Akademie für Erziehung und Unterricht in Calw auf, die er bis 1955 leitete. Zwischen 1948 und 1952 ist er zugleich Direktor der Oberschule in Calw und ab 1955 Oberstudiendirektor als Leiter des Ulmer Kepler-Gymnasiums.

Sein herausragendes bildungspolitisches Engagement bezeugen zahlreiche Mitgliedschaften, darunter: ab 1953 im Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen in Bonn, ab 1955 als Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands und Vorstandsmitglied des Verbandes der Historiker Deutschlands, ab 1954 im Kuratorium des Pädagogischen UNESCO-Instituts in



**Felix Messerschmid
1904-1981: Gründungsdirektor der Akademie**

Hamburg und ab 1957 im Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Jugendpflege in Bonn. Hinzu kommen die Mitgliedschaften in der Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung sowie in den Wissenschaftlichen Beiräten der Bundeszentrale für politische Bildung und des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin. Ferner fungiert Messerschmid als Mitbegründer und Mitherausgeber der Zeitschriften „Geschichte in Wissenschaft und Unterricht“ (ab 1949) und „Freiheit und Verantwortung“ (ab 1956, später: „Gesellschaft – Staat – Erziehung“).

Sechs Monate nach seiner Ernennung, am 1. Oktober 1958 tritt Felix Messerschmid das Amt des Gründungsdirektors der Akademie für Politische Bildung in Tutzing an, die er bis 1970 leiten wird. Er etabliert die bundesweit einzigartige Konstruktion und steuert die Tutzinger Einrichtung zielstrebig durch mancherlei Untiefen und rauer Fahrwasser, wie sie zumal in den Anfangsjahren häufiger zu durchschiffen sind. Für die Akademie wirkt er vertrauens- und profilbildend zugleich. „Aufbau und stete Wiedergewinnung dialogischer Existenz gegen alle Widerstände in uns und außer uns“, auf diese Formel bringt sein Amtsnachfolger Manfred Hättich das Vermächtnis von Felix Messerschmid für die Akademie und für die politische Bildung insgesamt. Messerschmid stirbt am 15. März 1981 im Alter von 76 Jahren.

Ausführlich zur Gründung der Akademie siehe insbesondere die aktuelle Neuerscheinung von Karl-Ulrich Gelberg: „Eine Existenzfrage unserer Demokratie“ – Die Gründung der Akademie für Politische Bildung. ■

Steffen H. Elsner

Felix Messerschmid 1962 auf die Frage „Wer ist politisch gebildet?“

1. Wer nicht nur sein privates Dasein, nicht nur das Seine sieht, sondern wer die öffentliche Sache, die res publicae gerendae, als seine Verpflichtung begreift und in sachlicher Weise angeht, und wer sich als Mitbürger versteht.
2. Wem Menschen und Dinge nicht gleichgültig sind, sondern wer sich auf ihr Wesen besinnt, aus diesem Wesen und den konkreten Verwirklichungsmöglichkeiten die bestmögliche Ordnung des Ganzen abzuleiten und dessen Entscheidungen nach bestem Wissen und mit begründetem Urteil mitzubestimmen versucht.
3. Wer gelernt hat, mit der Sprache verantwortlich umzugehen und seine Einsichten angemessen auszudrücken.
4. Wer gewillt ist, nicht nach Gefühlen, sondern nach seinen Einsichten auch gegen Widerstände ans Werk zu gehen.
5. Wer sich genau zu informieren versucht und sich in ständiger Bemühung das nötige Wissen aneignet.

aus: Felix Messerschmid: Anstelle eines Vorworts, S. 4 in: Akademie für Politische Bildung (Hrsg.): Veranstaltungen Sommersemester 1962. Tutzing 1962.

Auf den Spuren Platons

Die Tutzinger Akademie und der Akademiegedanke

Die Akademie für Politische Bildung blickt inzwischen auf eine über 50-jährige Geschichte zurück. Doch verglichen mit dem Akademiegedanken selbst, ist dies kaum mehr als ein historischer Wimpernschlag. Vor fast zweieinhalb Jahrtausenden gründete Platon zwei Kilometer nordwestlich der Athener Akropolis in einer Parkanlage namens „Akademeia“ seine „Platonische Akademie“. Berühmte Schüler wie Aristoteles sind der Bildungsstätte entwachsen. Wie aber steht es mit dem antiken Erbe des Akademiegedankens? Lässt sich der platonische Prototyp überhaupt mit heutigen Akademien, der Akademie für Politische Bildung Tutzing im Besonderen, vergleichen?

Auf den ersten Blick sind die Analogien durchaus eindrucksvoll. Wie die Tutzinger Einrichtung, so lag bereits Platons Schule vor den Toren der Stadt, sie bevorzugte die ruhige Atmosphäre im „Hain“ und hatte den Diskurs von Lehrenden und Schülern und das gemeinsame Forschen abseits des hektischen Getriebes der Tagespolitik auf ihre Fahne geschrieben. Seine Akademie errichtete er, wo bereits eine Bildungseinrichtung ihren Platz hatte: Im dortigen „Gymnasion“ waren Jugendliche aus der Athener Oberschicht in den Fächern Grammatik, Musik und Sport unterrichtet worden, ehe Platon die Schule zur Akademie ausbaute. Die Tutzinger Bildungsstätte bezog 1958 ihre Räume vor den Toren Münchens am Starnberger See in der ehemaligen Sozialpolitischen Schule der Landesversicherungsanstalt. Und in der heutigen Bibliothek – damals eine Turnhalle – trainierten noch in den Fünfzigerjahren Kriegsversehrte.

Kein Staat ohne Bildung

Mehr noch aber war Platons Akademiegründung die Einsicht vorausgegangen, dass Bildungserne das Hauptelend des politischen Gemeinwesens ist. Zwar wird sich heute keiner mehr ernsthaft die platonische Forderung zu eigen machen, dass die Philosophen Könige oder wenigstens die Könige brauchbare Philosophen werden müssten, um die Polis vor dem Nie-

dergang zu retten. Platons Idee fand in den Ohren der Mächtigen kaum Gehör. Doch sein Entschluss, Einfluss auf die Bildung zu nehmen, wurde nicht zuletzt angestoßen von den ernüchternden Erfahrungen einer tyrannischen und kulturosen Politik: Athen hatte im Pelo-

verurteilte. Vor die Wahl Tod oder Emigration gestellt, entschied sich Sokrates für den Schierlingsbecher. Auch die junge Bundesrepublik hatte einen barbarischen Krieg hinter sich, Tyrannenherrschaft und Massenmord, einen intellektuellen Exodus und den tausendfachen Tod angeblicher Landesverräter. Ohne Bildung, politische zumal, ist kein Staat zu machen. Platons Erfahrung wiederholte sich – könnte man mit einiger Zurückhaltung meinen.

Fast 50 Jahre lang, von zirka 387 bis 340 v. Chr., leitete Platon seine Akademie. Die Einrichtung bestand – von einigen Unterbrechungen abgesehen – immerhin bis 88 v. Chr. Erst die Zerstörung durch den römischen Konsul Sulla machte dem Akademie-



Steinerne Philosophen haben einen festen Platz im Akademiepark. Hier genießt Sophokles den Blick auf den Starnberger See

Foto: ms

ponnesischen Krieg mit Sparta 27 Jahre lang Geld, Macht und Soldaten verheizt, sah sozialen Spannungen und einem ökonomischen Abstieg entgegen und litt unter der Schreckenherrschaft der „Gruppe der Dreißig“, die letztlich sogar Platons väterlichen Freund Sokrates wegen „Verderbung der Jugend“

betrieb ein Ende. Aristoteles hatte übrigens – nachdem er sich mit seinem Lehrmeister überworfen hatte – seine eigene Schule, die später so genannte „Peripatetische Schule“ gegründet. Beide Denker finden sich heute neben Sokrates und Sophokles – und freilich nur als steinerne Bü-

sten – wiedervereint im Park der Tutzinger Akademie.

Den mächtigsten Revitalisierungsversuch im gesamten Mittelalter verdankt der Akademiegedanke einem Analphabeten: Karl der Große benötigte für das Getümmel des Schlachtfeldes zwar keine Schulbildung, später aber, eingekleilt im diplomatischen Gezänk zwischen Papst und byzantinischem Kaiser, wurde ihm die Notwendigkeit von Wissen, Bildung und Kultur umso dringlicher vor Augen geführt. Er holte sich Gelehrte, Künstler und Handwerker aus ganz Europa an seinen Hof nach Aachen. Sie bildeten einen kulturellen Zirkel, wie es ihn diesseits der Alpen bisher nie gegeben hatte. Mit

sich insbesondere mit philologischen und archäologischen Studien. Pomponius' morgendliche Vorlesungen waren derart beliebt, dass sich die Zuhörer schon mitternachts einfanden, um einen Platz zu ergattern. Das Ende des Gelehrtenzirkels war nicht untypisch für viele Akademien: Die Gruppe bekam Ärger mit der Kirche. Papst Paul II. sorgte 1468 für ihre Auflösung und ließ die führenden Köpfe verhaften.

Ähnlich war es bereits Plutarchs Neugründung der Platonischen Akademie in Athen ergangen. Wegen „heidnischer Umrüste“ befahl Kaiser Justinian I. im Jahr 529 – das Christentum war längst römische Staatsreligion –

Forschungsinstituts namens „Haus Salomon“, das dem Leser insbesondere das Modell einer wissenschaftlichen Arbeitsteilung vor Augen führte. Die Schrift blieb Fragment und erschien erst posthum 1627. Ihre Kernintention lag von Anfang an darin, den englischen König zur Gründung einer vergleichbaren Einrichtung anzuregen. Zwar zerschlug sich die Hoffnung zunächst, doch bereits eine Generation nach Bacons Tod wurde sie Wirklichkeit: Im Jahr 1660 konstituierte sich die britische „Royal Society“, die später mehrfach Bacon als ihren Initiator würdigte.

Der Institutionstypus fand in ganz Europa Nachahmung. Auch Richelieu hatte 1635 eine private Gelehrtengesellschaft in die nationale „Académie française“ umgewandelt. Ludwig XIV. gründete 1666 in Paris, auf Initiative Colberts, die „Académie des sciences“, 1700 entstand in Berlin die „Societät der Wissenschaften“, 1725 in Russland die „Petersburger“ und 1739 in Stockholm die „Schwedische Akademie“, die seit 1901 auch den Nobelpreis verleiht.

In Amerika war es Benjamin Franklin, der 1743 mit der „Amerikanischen Philosophischen Gesellschaft“ die älteste Wissenschaftsvereinigung ins Leben rief. Seit 1863 besteht dort zudem die „Nationale Akademie der Wissenschaften“. Im Unterschied zu den Universitäten konzentrieren sich die Wissenschaftsakademien bis heute ausschließlich auf Forschung. Es sind Gelehrtenvereinigungen, deren Mitgliedschaft oft außerordentlich prestigeträchtig ist. Als Diskussionsforen dienen sie dem Erfahrungsaustausch und sie fördern die Wissenschaft durch Preise, Auszeichnungen, Publikationen oder die Vergabe von Finanzmitteln.

Platons Idee hat aber noch ein weit größeres Spektrum an institutionellen Formen hervorgebracht. Es gibt ein breites Feld öffentlicher oder privat gestifteter Forschungs-, Lehr- und Bildungseinrichtungen. Der Akademiegedanke ist im Grunde so lebendig wie nie. ■

Thomas Schölderle

Eine Download-Version des Beitrags einschließlich Anmerkungen und Literaturliste findet sich zudem auf der neu gestalteten Webseite der Akademie: www.apb-tutzing.de



In den 50er Jahren war die heutige Bibliothek der Akademie eine Turnhalle
Foto: Wörsching, APB-Archiv

ihrem Gründer und Förderer starb im Jahr 814 allerdings auch die Akademie Karls, und mehr noch der Akademiegedanke für viele Jahrhunderte.

Akademie-Schwemme

Erst in der Renaissance fand die Wiedergeburt der Antike ihren Ausdruck nicht zuletzt als Wiedergeburt eines humanistischen Bildungsgeistes. Die Beschäftigung mit der klassischen Literatur, Geschichte, Kunst und Philosophie führte zu einer regelrechten Akademie-Schwemme. Mehr als hundert Akademien wurden vor allem in Italien gegründet. Ihre Lebensdauer war aber gering. Zu großer Bekanntheit brachte es indes die „Accademia Romana“ unter Julius Pomponius Laetus. 1464 gegründet, profilierte sie

die Schließung der 410 wiederbelebten Einrichtung und verfügte ein generelles Lehrverbot für Philosophie und Recht in Athen. Heute unterhalten die Kirchen freilich selbst Akademien, renommierte und hoch angesehene zudem. Bestes Beispiel: die Evangelische Akademie in unmittelbarer Tutzinger Nachbarschaft.

Ein wichtiger Impuls für die heute wohl bekannteste Akademieform, die „Akademien der Wissenschaften“ kam von der britischen Insel. Francis Bacon machte sich 1624 an die Ausarbeitung einer literarischen Utopie. In seiner „Nova Atlantis“ entwarf Bacon die Fiktion eines großzügig angelegten

Michael Grill in der ABENDZEITUNG vom 14. Januar 2008:

Vom Busen zur Bombe?

Bettina Röhl provoziert in Tutzing die 68er mit gewagten Thesen zu RAF, Terror und Gewalt

Da saß sie nun. Dunkler Hosenanzug. Beine übereinander geschlagen, Haare streng zurückgebunden, mit den Händen knetete sie eine Videocassette mit dem berühmten Gaus-Dutschke-Interview vom Dezember 1967, während auf der Leinwand gerade ihr eigener Film lief, den sie gebannt verfolgte, als sähe sie ihn zum ersten Mal.

Bettina Röhl (45), Journalistin, Tochter der Terroristin Ulrike Meinhof, war so etwas wie der Stargast in Tutzing, da konnten Medienprofis wie Ex-Staatsminister Hans Maier, Publizist Wulf Schönbohm oder PEN-Präsident Johano Strasser am Rednerpult noch so sehr die Federn aufstellen.

Zum unerschöpflichen Jubiläumsthema „Die 68er“ hatte Direktor Heinrich Oberreuter in seine Akademie für politische Bildung geladen – trotz der längst rollenden Gedenkwelle auf allen Kanälen ein Publikumsrenner, auch wenn das drei Tage lang ausgebaute Haus am See fast ausschließlich von jener Generation bevölkert wurde, die damals vor 40 Jahren dabei gewesen war und heute graubärtig und pensionsberechtigt ist.

Und obwohl der „Marsch durch die Institutionen“ als Thema ausgegeben worden war, geriet das Ganze schnell zum Dauerfeuer auf den „Mythos 1968“, der heute noch den Blick darauf verstelle, dass es eine direkte Linie gebe von der bunten Pop-Revolution rund um Beatles, Busen, Bürgerbewegung zum blutigen Terror der RAF einige Jahre später. Das Publikum applaudierte und wagte nur stellenweise ein vorsichtiges „Ja, aber....“. Auf die Barrikaden steigt man offenbar nicht mehr, wenn die Bandscheiben zur Vorsicht mahnen.

Dabei hatte Bettina Röhl so einiges im Repertoire, das echte 68er zur Weißglut bringen müsste. Die antiautoritä-

re Bewegung („ein Etikettenschwindel“) sei von Beginn an von den Kommunisten in Ostberlin bezahlt und gesteuert worden, sie habe eine „Sektenstruktur“ aufgewiesen mit „Erlösungsformel, Hybris und Wahnszustand“.... Als dem Publikum – das zwischen Ächzen und Faszination schwankte – vorsichtig angemahnt wurde, man könne doch die RAF nicht einfach so zum Beiwerk der 68er machen, schlug Röhl sofort wieder zu: „Das war sie auch nicht, sondern deren Speerspitze.“ Das war aus dramaturgischer Sicht ein

schöner Knaller, der allerdings in seiner Lautstärke alles davor mühsam Analysierte hinwegzufegen drohte. Politik-Professor Oberreuter, revolutionärer Umtriebe eher unverdächtig, hatte gleich zu Beginn darauf hingewiesen, dass „68“ eine „gehörige Menge frischer Luft ins Land gebracht“ habe, bevor er später seinem Publikum systemtheoretisch entschwebte und „den durch die 68er beschleunigten Prozess hin zu einer partizipationsgeprägten Politikkultur“ beschrieb. ...

(Siehe Bericht Seite 13)

Inge Breuer im DEUTSCHLANDRADIO vom 21. Februar 2008:

Deutungen, Bilanzen, Konsequenzen

... Es ist mal wieder so weit. Die 68er haben Geburtstag. 40 Jahre ist es her, als APO und SDS die Politik aufmischten, Kommune 1 die freie Liebe praktizierte, der „Muff von 1000 Jahren“ aus den Universitäten gefegt wurde. 68 war ein Jahr des Umbruchs und sehr gegensätzlicher Strömungen.

Wer nun glaubte, auf der Tutzinger Politologen-Tagung wäre die Bedeutung von 68 für die Bundesrepublik ein wenig weiter geklärt worden, der wurde enttäuscht. Man lernte stattdessen, dass das politische Handeln des damaligen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger nicht zur demokratisch gewandelten Mentalität der Bevölkerung der späten 60er Jahre passte, dass bildungsreformerische Ansätze auch schon von dem damals der FDP angehörenden Soziologen Ralf Dahrendorf vertreten wurden, welche Auswirkungen 68 auf die Politikwissenschaft hatte oder dass die 68er – wen wundert es – für die extreme Rechte der politische Feind war. ...

Man warf auch einen Blick auf die parallelen Ereignisse in Nachbarstaat-

ten, auf die nahezu bürgerkriegsähnlichen Zustände im Pariser Mai, auf die hier weniger bekannten März-Unruhen in Polen und den Prager Frühling von 1968. Aber wieso eigentlich kam es 1968 zu Protesten in so unterschiedlichen Ländern?, fragte Michael Greven von der Universität Hamburg. Im Ostblock stritt man um Meinungsfreiheit und Pluralismus. Im Westen dagegen hielt man den Pluralismus für eine bürgerlich kapitalistische Ideologie. Und unter welchem Zeichen standen die damaligen Studentenunruhen in Japan, in Mexiko oder auf den Philippinen? Michael Greven warnte vor vorschnellen Vereinheitlichungen der unterschiedlichen Proteste. ...

1968 ist wirklich verdammt lang her, so merkte man besonders auf der Tagung. Das „Ereignis“ 68 war dort zum Gegenstand manchmal allzu dröger wissenschaftlicher Vorträge geworden. 1968 wird eben langsam zur Geschichte. Kein Wunder natürlich, sind doch „die 68er“ mittlerweile großenteils in Rente gegangen. Und wie es weitergeht – am 50. Geburtstag – das kann man deshalb schon erahnen. ...

Roswin Finkenzeller in der BAYERISCHEN STAATSZEITUNG vom 29. Februar 2008:

Wie patriotisch man korrekterweise sein darf

Jahrzehntelang war Patriotismus ein Unwort. Wenn sich überhaupt jemand an das Thema wagte, dann aus verständlichen Gründen mit spitzen Fingern. Die Tutzinger Akademie für Politische Bildung packte es jetzt etwas robuster an, wobei sie die Frage stellte, ob der Patriotismus, auch der bestgemeinte, wie ein Sprengsatz wirken müsse oder ob er, selbst in volkstümlicher Ausprägung, vielleicht eine sogenreiche Bindekraft entfalten könne.

Heinrich Oberreuter, der Akademiedirektor, wollte dabei auf mehr hinaus als die, wie er sich ausdrückte, bei uns übliche „Nabelschau“. Deshalb hatte er einen Franzosen, einen Amerikaner und eine Russin eingeladen, über den Patriotismus „großer Nationen“ zu referieren. Dabei unterstellte er einigen deutschen Tagungsteilnehmern die Annahme, dass wenigstens in Frankreich „patriotisch alles in Butter“ sei,

und sprach hinterher befriedigt von der Erschütterung dieses Vorurteils durch Professor Gilbert Merlio. Der Germanist an der Pariser Sorbonne bescheinigte seinen Landsleuten eine „tiefe Identitätskrise“. Trotz unausrottbarer nationaler bis nationalistischer Rituale und ungeachtet des Glaubens an eine wie immer geartete zivilisatorische Sendung stöhnten die Franzosen vor allem unter der Dampfwalze der Globalisierung und des Internationalismus und flüchteten sich deshalb in einen Patriotismus der Abkapselung. ...

Charles King Mallory, Direktor des Aspen Instituts in Berlin hält die Amerikaner für überaus patriotisch und beglückwünschte sie dazu. Das Kuriosum des an vielen amerikanischen Schulen Tag für Tag zu leistenden nationalen Treueschwurs bezeichnete Mallory als Möglichkeit, heterogene Gruppen geistig unter einen Hut zu bringen. Eben

weil die Vereinigten Staaten das Einwanderungsland schlechthin seien, bedürften sie der Bindekraft eines nicht nur ausgeklügelten, sondern auch emotional geprägten Patriotismus. ...

Eine bis zur Simplizität emotionale Vaterlandsliebe bekundete Ekaterina Timoschenkowa von der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau. Auch sie verpasste dem berüchtigten Hauptwort ein rettendes Adjektiv: Sie rühmte den „pragmatischen Patriotismus“. Unter „pragmatisch“ fiel alles, was die Leute als angenehm empfinden. ...

Was aber macht ein Deutscher, der weder russisch noch französisch noch amerikanisch empfindet? So hatte die Akademie nicht gefragt. Sie hatte sich nach dem Sprengsatz erkundigt, doch größere Mengen wurden von keinem Minenhund entdeckt.

(Siehe Bericht Seite 11)

Gerhard Summer in der Starnberger SÜddeutschen ZEITUNG vom 7. April 2008:

Bekenntnisse zum sozialen Staat und zur Leistungsgesellschaft

Christa Stewens, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Franz Maget diskutieren in Tutzing über Gerechtigkeit und Vorsorge

Wie viel Staat darf's denn in Zukunft sein? Viel, sagte Franz Maget, denn die Marktwirtschaft allein sorge nicht für soziale Gerechtigkeit. Deutlich weniger, meinte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und plädierte für den Wettbewerb und die Verantwortung des Einzelnen. Eher mittelprächtig viel, fand Christa Stewens, die eine „solidarische Leistungsgesellschaft“ propagierte und die „Balance von Beteiligungs- und Verteilungsgerechtigkeit“ forderte.

Der SPD-Fraktionschef im Landtag, die CSU-Sozialministerin und die Chefin der bayerischen FDP sprachen gestern in Tutzing zweieinhalb Stunden lang über soziale Fragen in Zeiten

von Globalisierung und demographischem Wandel und stellten dar, welche Antworten die Programme ihrer Parteien parat halten. Der öffentliche Diskurs in der Politischen Akademie war Abschluss eines Seminars über „Gerechtigkeit und Solidarität im neuen Sozialstaat“.

Bei allen Schnittmengen, die aus den Ansätzen von SPD, CSU und FDP resultieren – deutlicher Dissens ergab sich in der Diskussion bei Themen wie Privatisierung, Mindestlohn oder private Altersvorsorge. Nach Magets Ansicht ist der handlungsfähige, vorsorgende Staat mit seinen Sicherungssys-

temen wichtiger denn je, denn er garantiere soziale Gerechtigkeit. Zugleich warnte er vor den „Aposteln der Privatisierung“. Leutheusser-Schnarrenberger erklärte, Privatisierung, wenn auch nicht um jeden Preis, sei für die FDP kein Schimpfwort. Allein das Beispiel der Bayerischen Landesbank lehre, dass diese Debatte geführt werden müsse. Stewens wiederum meinte, drei Viertel aller Krankenhäuser in Bayern seien in kommunaler Hand, das solle auch so bleiben. In Sachen Steuerpolitik müsse man freilich prüfen, was der Staat und was der Bürger künftig leisten muss.

(ausführlicher Tagungsbericht im nächsten Heft)

Alexander Kissler in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 28. Februar 2008:

Zwischen postnationalem Nirvana und Auflösungselend

... Zumindest ist es schwieriger denn je, ein Politikfeld zu benennen, das aufgeht im Bezug zur Patria und nur zu ihr. Ökonomie ist Weltökonomie, und nach ökonomischen Kriterien werden fast alle Entscheidungen getroffen. Ein Ausweg aus der Begriffs-krise könnte dann bestehen, den Patriotismus als Tugend- und Geschmackslehre neu zu erfinden – auf gewissermaßen vorpolitischem Grund. Geschmeidig gelang diese Reformulierung dem Bonner Historiker Volker Kronenberg. Bei einer Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing definierte er Patriotismus als „freiwilliges solidarisches Gemeinwohlhandeln der Bürger“.

Doch Kronenbergs reine Scheidung des „pervertierten Patriotismus“ der Hitlerzeit vom heutigen „aufgeklärten, freiheitlichen, republikanischen Patriotismus“ stieß auf Widerspruch. Der Patriot sei immer und überall ein potentieller Gesinnungstäter, scholl es ihm entgegen. Kronenberg beharrte: Man müsse dem schwierigen Begriff seinen „strengen Geschmack“ nehmen. Eine Gesellschaft sei ohne Patriotismus nicht lebensfähig, er sorge für jene

Voraussetzungen, die der Staat nicht garantieren könne. Auf dieser Ebene der Empirie hat Kronenberg Recht. Das „neue Nachdenken über einen zeitgemäßen Patriotismus“ könne man konstatieren. Begonnen habe der „Abschied vom postnationalen Nirvana“ unter Kanzler Gerhard Schröder. Der Kosovo-Einsatz der Bundeswehr 1999, der „deutsche Weg“ im Irakkonflikt 2003 und die erstmalige Teilnahme eines Kanzlers an den Siegesfeiern der Alliierten 2004 seien die Wegmarken.

Kronenbergs Versuch, den Patriotismus durch Fundierung im bürger-schaftlichen Gemeinwohl aus seiner „Grauzone mit dem Nationalismus“ zu befreien, stieß sich in Tutzing hart mit den Grundannahmen der Professoren Vorländer und Schwarz.

Für den Dresdner Politologen Hans Vorländer ist Patriotismus ein „Kampfbegriff“, reizbar und unscharf an den Rändern, dessen Milderung allenfalls durch eine Prise Zivilreligion und einen Grundstock an Verfassungspatriotismus gelingen kann. Vorländer verschwieg nicht, dass auch diese Konzepte ihr Dunkel haben. Das Bekennt-

nis zur Zivilreligion falle in Deutschland, das eine zivilreligiöse Tradition nicht kenne, schwer. Den Verfassungspatriotismus hingegen in seiner ursprünglichen Fassung mag Vorländer nicht verabschieden. Staatsfreundschaft der Bürger sei geradezu die Möglichkeitsbedingung politischer Vergesellschaftung. Nur so könne „Integration durch Konflikt“ gelingen: indem die Verfassung das gemeinsame Dritte der Konfliktparteien sei. Werte entstünden, wenn man Regeln befolge. Bekannt sind die Einwände gegen den Verfassungspatriotismus.

Hans-Peter Schwarz nannte ihn 1990 eine „dünnblütige Professorenfiktion“. Der Bonner Emeritus wiederholte sein Verdikt nicht, präsentierte stattdessen ein gewichtiges Veto: Verfassungspatriotismus sei unter der Regentschaft Draculas nicht möglich. Immer nämlich könnte das sozial integrierende Zentrum nur die Konstitution eines klar umrissenen Staates sein. Damit aber, mit dem „Staat der Neuzeit“ und mit der Trias aus Territorium, Staatsvolk und Staatssouveränität, sei Schluss. ...

(Siehe Bericht Seite 11)

EVANGELISCHER PRESSEDIENST vom 6. April 2008:

Maget und Stewens warnen vor Privatisierungseuphorie

Zentrale gesellschaftliche Bereiche nicht nur dem Markt überlassen

Vor einer Privatisierungseuphorie haben am Sonntag bei einer Tagung in der Akademie für Politische Bildung die bayerische Sozialministerin Christa Stewens (CSU) und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag Franz Maget gewarnt. Stewens trat für den Erhalt kommunaler Krankenhäuser ein, denn deren Verkauf biete keine Sicherheit für die Versorgung der Bevölkerung. Auch

private Betreiber machten Pleite und dann müsse sich die Öffentliche Hand sowieso wieder engagieren, führte die Ministerin aus.

Franz Maget sprach sich dafür aus, „alle gesellschaftlichen Bereiche, die zentral für die Menschen sind, nicht nur dem Markt zu überlassen“. Er nannte als Beispiel die kommunale Daseins-vorsorge und die kommunalen Sparkassen, die es zu erhalten gelte.

Die FDP-Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger betonte, dass „Privatisierung nach wie vor kein Schimpfwort ist“. Man dürfe den Staat nicht überfordern. Solidarität müsse „auch von der Bürgergesellschaft geschaffen und nicht nur vom Staat organisiert werden.“

(ausführlicher Tagungsbericht
im nächsten Heft)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

22-3 1. – 3. Juni

Radio-Workshop für Lokalradiojournalisten

In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Michael Schröder / Berthold M. Flöper

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-2 6. – 7. Juni

Kommunalpolitisches Forum: Urbanität und Ökologie in unseren Städten

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städtetag

Leitung: Josef Deimer / Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

24-1* 9. – 11. Juni

Kirchen in der SED-Diktatur

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

24-2 11. Juni

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

24-4 15. Juni

11. Tetralog im Rahmen der Europäischen Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

25-1 20. – 21. Juni

4. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung:

Moral und Freiheit – Verliert die Wirtschaft ihre normative Basis?

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Leitung: Heinrich Oberreuter / Ulrich Blum / Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

26-1* 23. – 25. Juni

Einkommensarmut und Bildungsarmut in Migrantengfamilien –

Wege aus dem Teufelskreis

In Kooperation mit dem Arbeitskreis „Kooperation im Ausländerbereich“

(AKIA) der LHS München

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

26-2* 25. – 27. Juni

Die alternde Republik – eine gesellschaftspolitische Herausforderung

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund,

dem Deutschen Frauenring und dem Katholischen Frauenbund/ Landesverbände Bayern

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

26-4 27. – 28. Juni
Afrikas Weg in die Zukunft Chancen und Perspektiven
In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung
Leitung: Stefan Köppl / Gerd Rudel
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

J u l i

27-1 2. – 4. Juli
Der deutsche Föderalismus in Europa – Ein Verfassungsgrundsatz wird modernisiert
Leitung: Gero Kellermann
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

27-2 4. – 5. Juli
Korruption und Organisierte Kriminalität – Internationale Strategien zu ihrer Bekämpfung
In Zusammenarbeit mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Gesellschaft
für die Vereinten Nationen
Leitung: Saskia Hieber / Ulrike Renner
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

28-1* 7. – 11. Juli
Fremdenfeindlichkeit als gesellschaftliches Problem
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Michael Schröder / Tanja Berthold
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Anmeldung über die Akademie Dillingen

28-5 11. – 12. Juli
Global Economic Governance – Das Management der Weltwirtschaft ein Jahr nach Heiligendamm
In Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Internationale Politik der Ruhr-Universität Bochum
Leitung: Saskia Hieber / Wolfgang Quaisser / Stefan Schirm
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

30-2 25. – 27. Juli
Erosion der Medienfreiheit?
Leitung: Gero Kellermann / Michael Schröder
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

31-2* 28. Juli – 1. August
Politische Theorie
Lehrgang zur Erlangung der Fakultas in Sozialkunde an Gymnasien
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Gero Kellermann / Michael Spieker / Siegfried Münchenbach
Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Anmeldung über die Akademie Dillingen

31-3* 28. Juli
Internationale Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert
In Kooperation mit Studienseminalen für berufliche Schulen in Südbayern
Leitung: Karl-Heinz Willenborg
Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

August

- 32-1* 4. – 7. August
Fragen zur Zeitgeschichte – Probleme der Gegenwart
Ferienseminar 1
Für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen
Leitung: Jürgen Weber
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

32-2 7. – 10. August
Aktuelle Verfassungskontroversen
Ferienseminar 2
Leitung: Gero Kellermann
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

September

- 36-1* 1. – 4. September
Bedrohungen für die Weltwirtschaft
Ferienseminar 3
Leitung: Wolfgang Quaisser
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

36-2* 1. – 4. September
Terrorismus und islamischer Fundamentalismus
In Zusammenarbeit mit der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung
Leitung: Saskia Hieber / Jörg Zelt
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

36-5* 4. – 9. September
Deutsch-russische Historikerkonferenz
Leitung: Heinrich Oberreuter
Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

37-3 11. – 14. September
Sommerakademie – Nachwuchstagung ASIEN
In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung
Leitung: Saskia Hieber
Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Raus	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

37-2* 8. – 10. September

Empirische Forschung zum historischen Lernen

Empirical Research on History Learning

Recherche empirique sur l'apprentissage de l'histoire

In Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik

Leitung: Michael Spieker / Elisabeth Erdmann

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

37-4* 12. – 14. September

Conflict and Consensus: German Politics and Society in Transition

In Zusammenarbeit mit der Political Studies Association

Leitung: Michael Spieker / Gerd Strohmeier

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

38-1* 17. – 19. September

China und Indien – Weltmächte oder taumelnde Riesen?

In Kooperation mit dem Verband des Landwirtschaftlich-Technischen Dienstes in Bayern e.V.

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

38-3 19. – 20. September

„Medien-Lust und Medien-Nutz“

Trends bei Service- und Ratgebersendungen im Fernsehen

In Zusammenarbeit mit dem Münchner Arbeitskreis Öffentlicher Rundfunk (MAR)

Leitung: Michael Schröder / Walter Hömberg

Sekretariat: Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

39-4 22. – 26. September

Mit spitzer Feder

Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder / Helmuth Rücker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

39-5* 22. – 26. September

Fakultaserwerb Sozialkunde I/4: Soziologie

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-3 26. – 28. September

Datenschutz, Informationsfreiheit und das Internet

In Zusammenarbeit mit der Hochschule München,

Fakultät für Informatik und Mathematik

Leitung: Gero Kellermann / Rainer W. Gerling

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46



Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei jenen Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltssmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für zahlreiche wichtige Tagungen, bei Publikationsprojekten und der Ausstattung der Akademie durch projektbezogene Spenden. Nicht zuletzt wurde der Akademiebus durch den Förderkreis finanziert.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50
Konto-Nr. 430 592 477

Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSERLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.
- Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon, E-Mail:

Datum, Unterschrift:

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter hielt sich im Rahmen einer Programmevaluation zehn Tage zu Gesprächen in Polen auf. Vor dem Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung und in München referierte er über die Perspektiven des deutschen Parlamentarismus und Parteiensystems. In Nürnberg sprach er über die Zukunftsperspektiven der Politik in Bayern und Deutschland, in Ottobrunn über Bayern in der „Nach-Stoiber-Ära“, in München über Politikverdrossenheit und die Zukunft der Volksparteien sowie in Passau über Politik als Kunst der Inszenierung. In Berlin führte er ein Streitgespräch mit Oskar Negt über die Theorien der 1968er.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber sprach an der Royal Norwegian Air Force Academy über „China’s Defence Doctrine and Energy Security Interests“, hielt im Rahmen einer Ringvorlesung der TU Dresden und der Konrad-Adenauer-Stiftung einen Vortrag über „Staatlichkeit und Alternativen zum westlichen Modell in China“ und referierte an der NATO School in Oberammergau über „Chinese Security Interests“.

Stefan Köppl stellte in Breslau die Akademie vor und referierte über politische Bildung in Bayern. Im Sommersemester 2008 bietet er im Rahmen eines Lehrauftrags an der Universität Passau ein Proseminar zum Thema „Gesellschaften zwischen Spaltung und Zusammenhalt“ an.

Michael Spieker beginnt am 15. Mai seine Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent mit dem Aufgabengebiet „Politische Ethik und Grundwerte“ und tritt damit die Nachfolge von Miriam Wolf an. Eine ausführliche Vorstellung folgt im nächsten Heft.

Zu Gast in der Akademie

Walter Eisenhart, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Kath. Universität Eichstätt, forschte an seinem Dissertationsprojekt im Archiv des Landesverbandes Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, das in der Akademie untergebracht ist. Er arbeitet über das Verhältnis von historischer und politischer Bildung im Vergleich Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Dr. Ekaterina Timoschenkowa, Historikerin an der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, nutzte ihren Aufenthalt an der Akademie (s. Seite 12) für ihre Forschungen zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere zum Parteiensystem im Vorfeld der Bundestagswahlen 2009.

Dr. Jindrich Urban, Kulturoziologe an der Karls-Universität Prag, forschte zu den Einflüssen von Politik und Medien auf Familien und zwischenmenschliche Beziehungen.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing